

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

89 (16.4.1932)

Freistaat Baden

Endgültiges Ergebnis der Reichspräsidentenwahl in Baden

Unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Wals trat Freitag nachmittags der Wahlausschuss zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl vom 10. April im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern zusammen. Es wurden folgende Zahlen festgestellt (Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf den ersten Wahlgang):

Zahl der Stimmberechtigten nach den Stimmlisten: 1 568 878 (1 524 081).

Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 29 100 (33 287).

Zahl der Stimmberechtigten überhaupt: 1 612 978 = 69,8 % der Einwohnerzahl (1 607 318 = 69,5 %).

Zahl der abgegebenen Stimmen überhaupt: 1 298 363 = 80,5 % der Stimmberechtigten (1 298 392 = 80,8 %).

Zahl der ungültigen Stimmen: 12 533 = 1,0 % (12 432 = 1,0 %).

Zahl der gültigen Stimmen: 1 285 820 = 99 % der Stimmen (1 285 960 = 99 %).

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Sindenburg 737 649 = 57,4 % (720 430 = 56 %).

Siffer 439 990 = 34,2 % (385 504 = 30 %).

Hämann 107 987 = 8,4 % (148 351 = 11,6 %).

zerstreut 194 (220).

Im ersten Wahlgang haben außerdem erhalten: Duesterberg 28 539 = 2,2 %, Winter 2916 = 0,2 %.

Anmerkung: Bemerkenswert ist die hohe Ziffer der Wahlberechtigten in Baden mit rund 70 %.

Bischof Gröber Erzbischof von Freiburg?

Freiburg, 16. April. Wie die „Germania“ in Berlin von gut unterrichteter Seite aus Rom berichtet, beschäftigt der hl. Stuhl den Bischof Gröber von Meien zum Erzbischof von Freiburg zu ernennen.

Von zukünftiger Freiburger Stelle war zu später Nachstunde eine Bestätigung der Meldung noch nicht zu erhalten.

Entrüstung am laufenden Band

Aus der SPD-Fabrik

In Baden besteht zurzeit ein Aufmarschverbot, von niemanden gern gesehen, ein notwendiges Übel. Veranlaßt wurde dieses Verbot durch die immerwiederkehrenden Propagationen der Nazis und Kasis und durch den Mißbrauch, den beide mit der sonst allen Staatsbürgern geübten Bewegungsfreiheit getrieben haben. Jetzt, nachdem durch ihr eigenes Verschulden die Sache so weit gekommen ist, schimpfen Kasis und Nazis wie die Kohlraben über dieses Aufmarschverbot. Wenn sie die Beseitigung des Verbots verlangen, dann meinen beide dasselbe, genau wie sie am 10. April bei der Wahl dasselbe meinten: Nämlich diejenige Freiheit, wie sie sie verstehen, die Freiheit, diffamieren, schreien, lächerlich machen zu dürfen.

Von den beiden aber sind die Kasis Oberhaupt. Sie sagen sich, daß seitens der badischen Regierung doch irgendwann wieder einmal ein Versuch mit der menschlichen Vernunft gemacht und das Aufmarschverbot unterbrochen werden könnte. Sie sind insofern der Meinung, daß dann, wenn sie jetzt im Badischen Landtag mit entsprechenden Anträgen kommen und im Lande draußen Resolutionen gegen das Aufmarschverbot annehmen lassen, eine evtl. aus ganz anderen Gründen seitens der Regierung vorgenommene Aufhebung des Aufmarschverbotes bei den Leichtgläubigen als ein Erfolg der Kasis gebucht werde und sie selbst, also die Kasis, dann in Glanz und Gloria dahinfliegen. Sie stehen deshalb in den letzten Tagen in allen kommunikativen Versammlungen eine Resolution annehmen, die in zwei kurzen Sätzen gegen das bestehende Demonstrationsverbot in Baden protestiert und in dem Schluß absieht, daß neben der Arbeiterkraft auch die Kleinbauern die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes verlangen.

Wir hätten Gelegenheit, verschiedene dieser Resolutionsexemplare zu lesen. Sie sind auf einheitlichem Papier abgezogen, auf genau der gleichen Maschine hergestellt, sämtliche Briefumschläge zeigen genau die gleiche Farbe und Beschaffenheit. Auch die Aufschrift ist immer die gleiche und stammt ebenfalls aus einer einzigen Maschine, nur der Absender ist verschieden. All das mutet in seiner Deutlichkeit an, wie wenn es aus der Druckmaschine gedruckt oder am laufenden Band hergestellt wäre.

Wir nehmen an, daß sich die badische Regierung durch die Resolution nicht sehr beunruhigt fühlt und das Aufmarschverbot nur dann erleichtert, wenn dies wirklich am Platze ist. Um das Gefühl des Kasis braucht sie sich auch in diesem Zusammenhang wirklich nicht zu kümmern.

Aber jetzt noch etwas anderes. Die Kasis haben, breitmäulig wie sie sind, auch die badischen Kleinbauern mit in ihre Resolution einbezogen. Sollen die Kleinbauern jetzt, weil die Kasis das wünschen, mit diesen demonstrieren, oder werden die Kleinbauern in der Feldbestellungszeit ihre Acker bebauen, um Brot für ihre Familien zu haben? Wir für unseren Teil halten die Kleinbauern für gesunddenkend genug, daß sie das Letztere tun werden.

Badische Regierung und Wirtschaftsbelebung

Wie der Badische Beobachter erfährt, werden in diesen Wochen eine Reihe von Staatskrediten im Bereich zwischen Karlsruhe und Pforzheim verbreitert werden, um zunächst einen Teil des schon seit Jahren vorgesehenen Bauprogramms zu verwirklichen. Das Finanzministerium hat beschränkte Kredite zur Verfügung gestellt. Durch diese Straßenbauarbeiten, die einen Aufwand von über 100 000 M. erfordern, werden voraussichtlich bis in den Frühommer zahlreiche Arbeitskräfte Verwendung finden können. Gegenwärtig ist man mitten im Ausbau der hinteren Abteilstraße, die zwischen Frauenalb und der badisch-württembergischen Landesgrenze eine Verbreiterung von 3,90 auf 5,50 Meter erfährt.

Ein Deutscher in Strahburg verhaftet

Strahburg, 15. April. Die Gendarmerie verhaftete in Strahburg einen deutschen Staatsangehörigen namens Karl Bickel wegen Diebstahls und Untreue. Bickel war früher schon in Paris verhaftet und zu Gefängnis und Landesverweisung verurteilt worden, hatte sich aber nach Laufen gemeldet und sich dort mit Benutzung der gestohlenen Ausweispapiere eines Landmannes namens Schumacher aufhalten. Als ihm dort der Boden zu heiß wurde, hat er einem Geschäftsmann namens Paul Münch seine Ausweispapiere unterfalscht einen ihm von seinem Arbeitgeber anvertrauten Betrag von 700 Franken und reiste nach Strahburg. Da er aber des falschen Dialekts unfähig war, fiel der sonderbare Geschäftsmann, der nur Hochdeutsch sprach, im Kreise seiner Arbeiter zusammen und die Gendarmerie kam rasch auf seine Spur.

Die Not der badischen Wald- und Holzwirtschaft

Anträge und Gesuche zur Behebung der Wald- und Holznot - Die wahre Ursache der Krise deckt Sozialdemokratie auf - Gesuche

Es ist kein Zweifel, der badische Waldbestand befindet sich in großer Not. Am augenfälligsten offenbart sich diese Notlage im Staatshaushalt, in dem bei Abschluß Domänen und Forsten der Einnahmehintergang mit 50 Prozent veranschlagt ist. Dennoch aber werden die in den Anträgen und den Gesuchen angelegenen Hilfsmittel die Not nicht beseitigen. Denn auch die Wald- und Holzwirtschaft ist nur ein Teilglied der gesamten Wirtschaft, die Krise auf dem Holzmarkt ist ein Glied der Krise, die die Gesamtwirtschaft hebricht. Wenn niemand baut, bauen kann, wird auch kein Holz abgesetzt werden; wenn kein Geld vorhanden ist, ist es auch nicht möglich, Holz zu kaufen. Wird die Weltwirtschaft wieder gesund, wird es auch der Holzwirtschaft wieder gut gehen. Ob die Gesundung aber unter dem kapitalistischen System möglich sein wird, ist eine andere Frage. Bieleicht gelang es durch irgend eine Osten- oder Dr. Eisenbarth, das System eine kleine Zeit zu erhalten, die neue Krise wird dann nur umso schlimmer sein. Nur eine Plan- und Bedarfswirtschaft, eine sozialistische Umgestaltung des Wirtschaftssystems, wird gesunde Verhältnisse bringen.

Was vorgeschlagen wurde, kann nur als Experiment bezeichnet werden. Kein Zweifel ist, daß die Uebererschwendung des deutschen Holzmarktes mit russischem Holze ein ungeheurer Schaden für den deutschen Holzabsatz bedeutet, es wurden hier gewichtige Zahlen angegeben. 27 Prozent des deutschen Holzes ist vom Holzmarkt durch das russische Holz ausgeschaltet. Rußland wendet, um sein Holz auf den Markt zu bringen, Methoden an, die schon an Erschöpfung grenzen. Diese Methoden sind umso verwerflicher, als sie vor allem auch die deutsche Holz- und Waldwirtschaft treffen. Als der volkswirtschaftliche Redner verlangte, man solle in den Häusern wieder Holzstreppen statt Steintrappen legen, wurde ihm von sozialdemokratischer Seite mit Recht angerufen, daß dann eben die Steinarbeiter die Leidtragenden wären. Ob der Holzveräußerungsplan, nach dem Verfahren von Professor Dr. Bergius, aus Holz Zucker herzustellen, solchen Umfang annehmen wird, daß eine fühlbare Erleichterung in der Holzverwendung eintreten wird, wird abzuwarten sein. In Rheinau bei Mannheim soll die erste Fabrik für Holzveräußerung erstellt werden. Wir wollen sehen, wieviele Tannen, Buchen und Eichen unseres badischen Schwarzwaldes ihr Dasein als Zucker in Kaffee- und Milchpulver und in den Süßgetränkfabriken besitzeln werden.

Mit nützlicher und sachlicher Ruhe behandelte Finanzminister Dr. Mattes das Problem. Er bezeichnete als Kernpunkt die Preisfrage. Aber der Preis ist abhängig vom Absatz, und der Absatz ist abhängig von der Kaufkraft der Bevölkerung, und diese wieder ist abhängig vom Verdienst und Einkommen. Also auch hier wieder schließt sich der Kreis, und zeigt sich, daß die Wege des kapitalistischen Systems falsch sind, die in niedrigen Löhnen und Gehältern und hohen Preisen das einzige Heilmittel erblicken. Klügern und klar schätzte der sozialdemokratische Sprecher, Gen. Abg. Rüdert, den Kernpunkt der ganzen Frage heraus. Er schilderte die tieferen Zusammenhänge der Wirtschaft und kam auch zu dem Schluß, daß letzten Endes nur eine Besserung der Gesamtwirtschaft eine Besserung der Holzwirtschaft bringen kann. Die Ausdrucksweise gemannt so über den jeweiligen Rahmen der Holzfrage hinaus eine allgemeinspolitische und allgemeinerwirtschaftliche Bedeutung. - Nächste Woche soll nun mit der Beratung des Etats begonnen werden.

14. Sitzung.

r. Karlsruhe, 15. April.

Im Mittelpunkt der heutigen Beratungen stehen die Anträge und Gesuche betr.

Die Not der badischen Wald- und Holzwirtschaft Die Forderungen der Antragsteller sind die Aufhebung der steuerlichen Entlastung, es wird eine Verordnung verlangt, die den Verwendungsplan für deutsches Holz bei allen mit öffentlichen Geldern bebauten Gebäulichkeiten fordert, weiter steuerliche Begünstigungen, günstige Zahlungsbedingungen an Käufer von Rundholz aus Staats- und Gemeinbewald, Aufhebung der für die badische Holzwirtschaft verhängten Durchfuhrtarife, Einführung von Einfuhrzöllen für Holz usw. - Der Haushaltsausschuss (Berichterstatter Abg. Seubert) beantragte, den Anträgen die Zustimmung zu geben und die Gesuche der Regierung empfehlend zu übermitteln. Die Wald- und Holzdebatte füllte die ganze Vormittagsitzung aus. Eine Rolle in der Debatte spielte auch die russische Holzeinfuhr, die für den deutschen Wald ein großer Schaden bedeutet, denn 27 Prozent des deutschen Holzes kann infolge der russischen Holzeinfuhr nicht verwertet werden. Dafür seien die Ausfuhrzölle für Lieferungen nach Rußland nicht übernommen worden. - Bei den Nationalsozialisten ist natürlich auch bei dieser Not das

„System“ schuld! Der bequemste Weg, um nichts Politisches sagen zu müssen.

Finanzminister Dr. Mattes betonte, daß die entscheidende Frage für die Waldwirtschaft ist, nicht die Einfuhr, sondern die Preisfrage, denn das deutsche Holz reicht nicht aus, um den deutschen Bedarf zu decken. Die entscheidende Frage ist, können wir einen Ersatz aus Holz und einem Papierholzwoll einführen? Mit viel Spott führte der Minister die nationalsozialistische Reduzierung ab. Der Weg von Repressalien sei gefährlich.

Abg. Rüdert (Soz.)

spricht für die Sozialdemokratie. Im allgemeinen stimmt die Fraktion den Anträgen des Ausschusses zu. In Baden ist die gesamte Wirtschaft stark abhängig von der Waldwirtschaft. Denn nahezu zwei Fünftel der ganzen Fläche des Landes ist mit Wald bestockt. Die Waldwirtschaft hat aber mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. In den letzten Jahren wurde mehr wie früher bei Bauten der Eisenbeton verwendet; ob ein Zurückgehen in frühere Baumethoden möglich ist, sei dahingestellt. Man kann eine Zeit nicht beurteilen nach dem Standpunkt einer Einzelwirtschaft, sondern nur nach dem Standpunkte der Gesamtwirtschaft. Neben dem Holzgewerbe gibt es auch ein Steingewerbe und eine Zementindustrie, die auch beschäftigt sein wollen. Beim Holz kommt aber hinzu, daß neben dem Privatbesitz auch der Staat und die Gemeinden Eigentümer von Wäldern sind.

Der Staat hat einen Verlust von 7,7 Millionen Mark aus seinen Wäldern zu verzeichnen.

Könnte man diesen Betrag im Etat als Einnahmen buchen, wäre manche Position anders zu gestalten gewesen. Wir unterstützen alles, was möglich ist, um die Verwendung des heimatischen Holzes herbeizuführen. Nicht etwa, um den Wald- und Holzinteressen zu helfen, sondern vor allem auch im Interesse der Holz- und Waldarbeiter.

In Deutschland sind nicht weniger wie 1,2 Millionen Menschen im Wald- und Holzgewerbe beschäftigt, das sind 8,8 Prozent der Arbeiterkraft. Deshalb unter Einwirkung der Anträge. Man darf aber nicht vergessen, daß auch die Waldwirtschaft ein Glied des kapitalistischen Systems ist. Abg. Merkel, der Nationalsozialist, braucht das natürlich nicht zu wissen.

Wenn die Holz- und Waldwirtschaft so niederliegt, so ist auch mit schuld das

Darüberliegen des Baumarktes.

Praktisch steht für den neuen Wohnungsbau nichts mehr zur Verfügung. Das Wohnungsbedürfnis ist da. Allerdings, es darf nicht so gebaut werden, wie vor einigen Jahren. Denn damit würde die Allgemeinheit und die Bauherren geschädigt. Es muß nach dem Bedürfnis gebaut werden. Der 40prozentige Steuerzuschlag muß fallen. In Bezug auf die Bahntrassen müssen die deutschen mit den badischen Interessen in Uebereinstimmung gebracht werden.

Wenn das Holz von Osten, z. B. Rußland, sogar zu uns billiger geliefert werden kann, wie aus dem nahen Schwarzwald, so führt das daher, daß der Wasserweg billiger ist, daß Gelangene in den russischen Staatswäldern beschäftigt werden, also die Arbeit mit billigeren Arbeitskräften geleistet wird. Wir aber haben in Deutschland Tarifverträge, die mit der Entlohnung der Gefangenen nicht im Einklang stehen. Mit der Besserung der Gesamtwirtschaft wird auch der deutsche Wald und die mit ihm im Zusammenhang stehenden Gewerbe wieder in bessere Verhältnisse kommen. - Aus der weiteren Debatte sei nur noch ein treffender Satz des Abg. Wolf von den Nationalsozialisten zu: Sie werden am einen leichten Tod haben, denn Sie brauchen keinen Geist aufzugeben! Stimmt! - Die Kommunisten lehnen im übrigen die Anträge ab. - Die Debatte verfiel schließlich. Auch die Schlußworte konnten keine Behebung mehr bringen. - Die Anträge des Haushaltsausschusses werden schließlich angenommen. - Nach 2 Uhr nachmittags war die Wald- und Holzdebatte beendet.

Den Anträgen der Sitzung bildete ein Gegenentwurf wegen Uebernahme einer Ausfuhrzollgarantie des Landes Baden für Lieferungen geschäfte nach Rußland. - Das frühere Gesetz sprach nur von „Firmen“, die Lieferungsverträge mit Rußland tätigen könnten. Es können nun aber auch Zuschüssen nach Rußland geliefert werden, weshalb das Wort „Firma“ durch „Lieferer“ ersetzt werden soll. - Ohne Debatte wird der Gesetzesentwurf angenommen.

Aber ein Gesetz des Deutschen Arbeiter-Engländerbundes um Herabsetzung der badischen Zölle für den Export von Holz. - Das Gesetz wurde durch die Regierungserklärung, daß in Fällen von Arbeitslosigkeit Stunden- und Ratenzahlung auf Ansuchen gewährt werde, für erledigt erklärt. - Um halb 3 Uhr mittags hatte endlich das Haus genua, die Sitzung wurde geschlossen und die nächste Sitzung auf Dienstag, 19. April, vormittags 9 Uhr, festgesetzt. Die Sitzung wird mit einer Rede des Finanzministers zum Finanzhaushalt eröffnet.

Brünnings Senfer Reise

Wege zur Wirtschaftsbelebung als Zweck

Genf, 15. April. (Eig. Draht.) Reichskanzler Dr. Brünnings hat am Freitag nach seiner Ankunft in Genf die deutsche Presse empfangen. Er teilte mit, daß er nicht die Absicht habe, in die öffentliche Debatte der Abrüstungskonferenz einzugreifen. Der Zweck und Zeitpunkt seines Besuchs gelte vielmehr den Besprechungen mit den Staatsmännern über entscheidende Fragen der internationalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich immer mehr miteinander verknüpfen. Für die Entwicklung Deutschlands sei die Wahlentscheidung im Reichspräsidentenwahlkampf so wichtig gewesen, daß er persönlich sich verpflichtet gefühlt habe, in den Wahlkampf einzugreifen. Nur deshalb sei er nicht früher nach Genf gekommen. Seine Aufenthaltsdauer sei noch unbestimmt, doch werde er so lange bleiben, als es die Verhandlungen über die Reparationen und die Donauwirtschaftsfragen erfordere.

Smiths Annulierungs-Vorschlag

Washington, 15. April. (Eig. Bericht.) Der Führer der Demokraten und ehemalige Präsidentschaftskandidat Crowmer Smith forderte auf dem Jefferson-Gebäude in einer Rede, daß die Vereinigten Staaten die Kriegsschulden „auf 20 Jahre verzeihen“ und gleichzeitig ein Viertel der jährlichen Warentarife der ausländischen Schuldnermächte auf das entsprechende Schuldkonto aufschreiben. Der Redner unterstrich die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerstaaten und die Notwendigkeit raschen Handelns.

Der Vorschlag hat in Amerika größte Sensation ausgelöst. Die Presse stimmt ihm zum Teil zu, während die Regierung ihm ablehnend gegenübersteht.

Stimson in Genf

Paris, 15. April. (Eig. Draht.) Der amerikanische Staatssekretär Stimson ist in Begleitung des Senators Kellogg am Freitag vormittag in Paris eingetroffen. Auf der Fahrt von Le Havre nach Paris gab Stimson vor Vertretern der Presse folgende Erklärung ab: „Ich begehre mich nach Genf um mich mit den Mitarbeitern der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz zu unterhalten und ich hoffe, instande zu sein, ihre Aufgaben zu erleichtern.“

Weitere Währungsmaßnahmen

In einer ersten Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung werden weitere Beschränkungen auf dem Gebiete des Wertpapierverkehrs angeordnet, um der gefährlichen Umwandlung ausländischen Wertpapierbesitzes in Devisen entgegenzutreten.

Eine weitere Verordnung wurde erlassen zur Änderung der Wertberechnung von Hypotheken und sonstigen Anpfänden, die auf Feingold (Goldmark) lauten.

„Alle Bruchleidende“

werden auf das heutige Insekt des Spezialbandagisten K. Ruffing aufmerksam gemacht.

Das Echo des Krisenkongresses

Trotz bürgerlicher Kritik eine Alarmierung der Geister

Eines hat der außerordentliche Kongreß der Freien Gewerkschaften, der diese Woche in Berlin stattfand, bestimmt erreicht: Eine Alarmierung der Geister. Schon der starke Andrang der Presse zum Kongreß war ein Zeichen dafür, daß die Arbeitsbeschaffungsaktion der Gewerkschaften wie ein Alarmruf gewirkt hat und das Echo des Kongresses selbst erst recht, daß in der Öffentlichkeit nun wenigstens doch so etwas wie ein Aufwachen der Schläfer festzustellen ist. Daß die Arbeitgeberpresse mit dem „Freigewerkschaftlichen Krisenrezept“ nicht einverstanden ist, versteht sich von selbst. Auch sonst begegnen die Forderungen des Kongresses in der Öffentlichkeit, wie aus den Pressestimmen hervorgeht, noch immer starken Bedenken und Zweifeln. Trotz alledem läßt sich noch an manchen Stellen deutlich beobachten, daß der Ruf der Gewerkschaften nach Arbeit wenigstens nicht mehr mit der fatalistischen Gelassenheit hingenommen wird, wie das bisher leider der Fall war. Auch bei der Regierung ist der Vorstoß der Gewerkschaften in der Arbeitsbeschaffungsfrage nicht ohne Eindruck geblieben. Sie wird, wie wir hören, in Kürze von neuem zu der Arbeitsbeschaffung Stellung nehmen.

Die erste Kritik der Arbeitgeberpresse, wie sie z. B. in der *Ältesten Zeitung* zum Ausdruck kommt, betont, die Vorschläge des ADGB, Rüden und Helsen mit der These, daß im Frühjahr 1933 der wirtschaftliche Wiederaufstieg beginne, und daß die dann für ein Jahr berechnete Arbeitsbeschaffung entbehrt werden könne. Es sei aber ein gefährliches Unterfangen, in eine völlig ungeklärte Wirtschaft hinein die Wirtschaftsonkurladung vorzunehmen. An dieser Beurteilung könne auch die Frage der Gewerkschaften nichts ändern, was dann gelte, wenn auf die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zunächst verzichtet werde. Stegerwald habe ja gesagt, daß es besser sei, wenn nichts geschehe, als daß durch kopfloses Handeln eine Inflationsgefahr heraufbeschworen werde. In der Frage der Arbeitszeit habe der Reichsarbeitsminister den Gewerkschaften Entgegenkommen in Aussicht gestellt. Gewiß werde in vielen Fällen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit möglich und sogar notwendig sein, sie werde aber ohne jedes Gesetz oder Verordnung und sogar ohne jedes Zutun der Behörden vor sich gehen. Wo aber die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit wirtschaftlichen Vorteil bringe, sei es unverantwortlich, sie einem schematischen Grundsatze zuliebe zu verkürzen. Das Kölner Unternehmerorgan ist also mit der bisherigen Zurückhaltung der Regierung in der Arbeitsbeschaffung durchaus einverstanden. Nur die Arbeitszeitfrage macht ihr Sorge, weil die Regierung, wie der Reichsarbeitsminister auf dem Kongreß erklärt haben, ihre bisher abwartende Haltung in der Frage der Arbeitszeitung im Laufe dieses Jahres nicht beibehalten zu können.

Ähnliche Bedenken begegnen der Forderung des Kongresses in der Presse auch über den Kreis der Arbeitgeberorgane hinaus. So sieht die *Frankfurter Zeitung* in der Arbeitsbeschaffung, wie sie die Gewerkschaften fordern, eine isolierte Konjunkturbewegung mit bedenklichen Folgen für die deutsche Devisen- und Zahlungsbilanz. Kein Land, und am allermeisten Deutschland, so betont das *Frankfurter Organ*, könne sich aus dem internationalen Zusammenhang lösen, ohne daraus die letzten Konsequenzen zu ziehen. Im übri-

Wie Hitler schwindelt

Die Auflösung der SA. und ein Havas-Dementi

RTS, Paris, 15. April. Die Agentur Havas gibt in einer Berliner Meldung Erklärungen wieder, die Hitler gestern vor Vertretern der angelsächsischen Presse über die Auflösung seiner Sturm-Abteilungen abgegeben hat, und hebt die Stelle hervor, in der Hitler behauptet, daß die Auflösung auf Erträgen Frankreichs erfolge und daß im Juli vorigen Jahres der Reichskanzler bei seinem Besuch in Paris der französischen Regierung ein solches Versprechen gegeben habe.

Der Berliner Korrespondent der Agentur Havas bemerkt zu diesen Behauptungen: Nicht nur nicht hat die Reichsregierung im

Juli irgendein Versprechen dieser Art der französischen Regierung gegeben, sondern sie hat sogar e i n d e u t l i g erklärt, daß sie irgendeine derartige Verpflichtung nicht übernehmen könne. Wir glauben versichern zu können, daß weder im Juli noch später zwischen Frankreich und Deutschland irgendeine Aussprache über die innerpolitische Lage Deutschlands stattgefunden hat, die im Geringsten eine Geschichte rechtfertigen könnte, die zum Zweck einer nur zu offensichtlich innerpolitischen nationalsozialistischen Propaganda erfunden ist.

gen sei die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung Voraussetzung für eine bestimmte Außenpolitik gewesen. Die Unfähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, liege jetzt klar zutage. Diese Klarheit würde getrübt in dem Augenblick, wo die Verschlechterung der Devisen-Bilanz mit Kreditexperimenten begründet werden könnte. Der Versuch, durch eine Erleichterung der wirtschaftlichen Situation eine Besserung der innerpolitischen Lage herbeizuführen, und so die außenpolitischen Entscheidungen zu erleichtern, sei ein Umweg, der nie zum Ziele führe. Die Entscheidungen müßten in diesem Sommer fallen und sie könnten nur dann in einem für Deutschland günstigen Sinne erfolgen, wenn man sich auf dem klaren Wege halte, den bisher Regierung und Reichsbank eingeschlagen seien. Das schließt aber natürlich nicht aus, daß man mit den Mitteln der Kredithilfe bis an die erträglichste Grenze gehe und jede Entlastung der Reichsbank in eine Entlastung der Gesamtwirtschaft umsetze. Das sei auch bisher geschehen.

Das ist eben die Frage, ob wirklich bisher im Rahmen des Möglichen alles geschehen ist, was zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu tun möglich war. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß mehr getan werden kann, und wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte auch in nächster Zeit etwas mehr getan werden, womit dann vielleicht doch bewiesen wäre, daß mehr getan werden konnte. So fimpel das Wort: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“. Klingt mag, es hat seinen Sinn. Wenn man will, kann man sogar in der schwierigen Frage der Arbeitsbeschaffung trotz aller Bedenken, die immer wieder den Gewerkschaften gegenüber angeführt werden, die aber diesen Gewerkschaften auch nicht unbekannt sind, etwas erreichen. Wenn man will, getraut man sich vielleicht, sogar auch etwas zu riskieren, ohne dabei gleich Kopf und Kragen zu riskieren. Die Angst, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften könne vorübergehen und der Wiederaufstieg noch nicht eintreten, mutet etwas komisch an. So ganz zwecklos erscheint uns auch nicht die Bekämpfung der innerpolitischen Unruhe durch die Vermehrung der Arbeit. Man hofft, daß das Ausland die Stimmen des Gewerkschaftskongresses beherzigt und Deutschland gegenüber zur rechten Zeit Vernunft und Entgegenkommen zeigt. Auch wir erwarten das vom Ausland. Aber das Vertrauen von außen wird sich umso schneller setzen, je mehr bei uns im Innern Vertrauen zum Staat wiederkehrt, je mehr und je schneller Festigung im Innern sich durchsetzt, und dazu braucht man Arbeit und Brot. Desto eher und desto mehr Vertrauen von außen.

Die Gewerkschaften machen keine Wirtschaftspolitik im luftleeren Raum. Aber sie bestehen jetzt unerbittlich darauf, daß die Regierung sich daran erinnert, daß es neben anderen Leuten in Deutschland auch noch Arbeiter gibt. Gewiß ist kopfloses Handeln schlimmer als gar nichts tun. Ebenso richtig ist aber das Wort: „Wer nicht mag, gewinnt nicht!“

Stuttgarter Kohlenprozeß

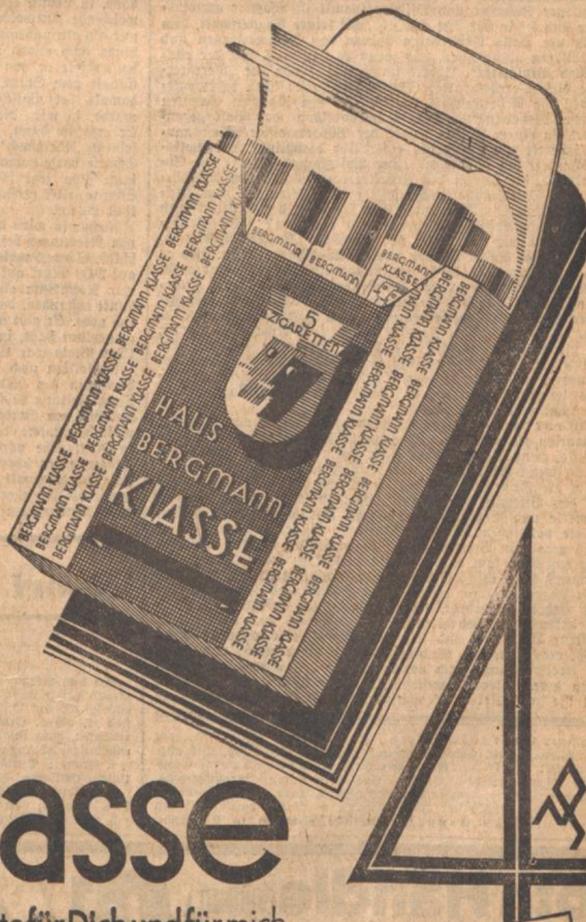
Stuttgart, 15. April. (Ein. Meldung.) Der Kampf der Kohlenhandelsverbände gegen die Stuttgarter Kohlenhandlung Friedrich Watz, der sich seit mehr als 6 Jahren gegen jeden Verbandsakt, besonders gegen die übertriebene Preispolitik, die den Verbrauchern nicht gerechtfertigte Verkaufspreise diktirt, wehrt, hat heute das Stuttgarter Schöffengericht den ganzen Tag beschäftigt. Dabei wurden Dinge offenbar, die den schärfsten Protest der Verbraucher herausfordern.

Anklaagt war der frühere Vorsitzende des Stuttgarter Kohlenhandelsverbandes Erlenbach wegen verühter Erpressung. Er hatte in einem Schreiben an die Direktion der Allianz, an deren Beamte Watz seit Jahren Brennmaterial zu angemessenen Tagespreisen liefert, die erheblich unter den Verbandspreisen lagen, verlangt, daß die Direktion ihre Beamten veranlassen soll, ihren Brennstoffbedarf bei Verbandsmitgliedern zu decken, und droht, daß die Verbandsmitglieder, wie auch die Kohlenhändler im Reich sonst eventuell ihre Versicherungen bei der Allianz kündigen würden. Der Ankläger verurteilte, dem Inhalt des Briefes eine andere Deutung zu geben, die aber dem Gericht nicht recht glaubhaft erschien, und ihn deshalb zu einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einer Woche, die in 350 M Geldstrafe umgewandelt wurde, nebst den Kosten verurteilte.

Das Bestreben des Stuttgarter Kohlenhandelsverbandes, die Firma von der Belieferung durch den Kohlenarohhandel auszuscheiden und geschäftlich lahm zu legen, um sich von einer lästigen Konkurrenz zu befreien und um die Kohlenpreise im Kleinhandel, die nach dem Kartellgesetz keiner Bindung unterliegen, auf der nicht mehr zeitgemäßen Höhe für die Verbraucher zu halten, hat das Gericht nicht abbilligt.

Das bekannte Schuhhaus S t e e n, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 22 (Stadtplatz), kann auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß gewährt die Firma auf alle Schuhwaren 10 Prozent Rabatt. Durch diese Gelegenheit kann beim Einkauf von Schuhwaren Geld gespart werden.

5.8 oder 3 1/2 8 lautete unsere Frage, die wir auf Grund der augenblicklichen Wirtschaftslage an die deutsche Raucherwelt stellen mußten.



Unsere Antwort:
Haus Bergmann Klasse

ein Meisterstück der deutschen Zigarettenindustrie. DIE Zigarette für Dich und für mich

Jeder Packung „Haus Bergmann Klasse“ liegen bei:
 Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier
 Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter.

5 Stück 20 M

30 Mark Geldstrafe

Richter und Recht

Vor der Strafkammer 3 des Karlsruher Landgerichts, Vorsitzender Landgerichtsrat S o r g, Weißer Maurermeister Franz R a b e, Baden-Baden, und Kaufmann Ferdinand W u n s c h, Birmersbach im Muratal, fand Mittwoch vormittag die Berufungsverhandlung des früheren Redakteurs des Volkshfreunds, Hermann W i n t e r gegen das Urteil des Schöffengerichts Bretten statt, durch das W i n t e r im November letzten Jahres wegen Beleidigung des Bezirkspropagandaleiters M. A b e r l e der NSDAP in Bretten zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Die Berufungsverhandlung, die von vormittags halb 9 Uhr bis nachmittags halb 2 Uhr dauerte, endete mit einer erneuten Verurteilung von Redakteur W i n t e r, die Strafe wurde allerdings von 50 auf 30 M. herabgesetzt.

In dem zur Verhandlung stehenden Artikel hatte Redakteur W i n t e r die Tätigkeit des Bezirkspropagandaleiters A b e r l e im Bezirk Bretten kritisiert und behauptet, daß, obwohl früher im Bezirk Bretten der Kampf immer scharf geführt worden sei, dieser Kampf erst rabe und brutale Formen angenommen habe, seit A b e r l e seine volksverhetzende Tätigkeit im Bezirk aufgenommen habe. Besonders durch letztere Bemerkung fühlte sich A b e r l e beleidigt. Das Gericht erkannte in erster Instanz Herrn A b e r l e das Recht zu, sich durch diese Bemerkung beleidigt zu fühlen, und belegte den Volkshfreundredakteur — wie schon mitgeteilt — mit 50 M. Geldstrafe. Zu der ersten Verhandlung waren keine Zeugen geladen, W i n t e r glaubte es nicht nötig zu haben, für die Verurteilung und Agitationsmethoden der Salenkreuzler noch besondere Beweise beibringen zu lassen. Das wäre doch gerade so, wie wenn die Behauptung, daß die Sonne am Himmel steht und Licht und Wärme spendet, noch besonders bewiesen werden sollte.

Zu der Berufungsverhandlung waren nun einige Zeugen geladen, Gemeinderäte und Bürgermeister aus dem Bezirk, die im allgemeinen ausgeben mußten, daß allerdings eine größere Unruhe im Kraichgau eingezogen sei, seit die Nationalsozialisten dort ihre politische Propaganda entfalten. Es kam wiederholt zu Schlägereien und sonstigen scharfen Auseinandersetzungen. Eine unmittelbare Teilnahme oder Urheberhaftigkeit von A b e r l e konnte jedoch nicht nachgewiesen werden. Es ist natürlich für ein Gericht schwer, zu beurteilen, ob die Tätigkeit eines Agitators volksverhetzend ist. Das feststellen kann nur der, der die Verhältnisse eines Bezirks genau kennt, der die Bevölkerung kennt, der weiß, wie sie auf die Werbearbeit reagiert, der die Verhältnisse von früher her beurteilen und mit den gegenwärtigen Zuständen vergleichen kann. Wer wollte bestreiten, daß es im Bezirk früher, wo die politischen Wogen gewiss auch hochschlugen, a n d e r s war als heute. Und wenn es heute anders ist, wenn Unruhe, Verleumdung, Rohheit und Täuschlichkeit den politischen Kampf in ganz Deutschland beherrschen, so ist doch dann nur die Majorität schuld, die persönliche Auseinandersetzungen mit den Gegnern an Stelle des sachlichen Streites gesetzt hat. Sollte es ausgerechnet in B r e t t e n anders sein? Sollte Bretten eine Oase im politischen Meinungsstreit sein?

Wir haben Herrn A b e r l e noch nicht reden hören! Aber dem Gericht lag eine Fülle Artikel vor, die von Herrn A b e r l e geschrieben und mit seinem Namen unterzeichnet waren. Die dienten dem Genossen W i n t e r vor allem als Beweismaterial. Da hat A b e r l e über die Sozialdemokraten im Kriege geschrieben, sie haben gründlichen Verrat gespielt, um den Feinden den Sieg überaus zu erleichtern und endgültig zu sichern. Weiter hatte A b e r l e behauptet, S e i b e m a n n habe sich in den kaiserlichen Mädeln etabliert, der „Auchsozialist“ Dr. h. c. R e m m e l e habe den Vorwärts finanziert. In einer Einladung der Ortsgruppenleitung der NSDAP, Bretten zu einer Versammlung des Gauleiters Wagner hieß es u. a. „ein unerhörter Kämpfer und Offizier (damit ist Wagner gemeint) stehe hier und sei in der Tat gewillt, „mit seiner Gegnerschaft, dem Geschmeiß um Sally Grünebaum herum, den Jämmerlingen und Straßendieben abzuschreiben, und wenn es sein muß, mit der rühmlichsten Brutalität“. A b e r l e sprach weiter von der „Verdrängerrolle, die die Verdrängerpartei (Sozialdemokratie) schon jahrelang in Baden gegen die Arbeiterbewegung spielt“. In den süddeutschen Gasetten heben diese Pressebanditen schon jahrelang das Volk gegen einander“. In einem Artikel wurde der Bürgermeister Schemenau-Bretten indirekt des Diebstahls einer Uhr beschuldigt. Der Volkshfreund bemerkt sich öffentlich: „Der Volkshfreund liest“, „Die Sozialdemokratie, die Partei des Arbeiterverrats und des Volksverrats“, „Der Volkshfreundberichterfasser in Bretten ein demagogischer Volksverhetzer“. „Wie laue läßt sich denn der Arbeiter noch von solchen Schmierfinken aufheben und veräuffeln?“ Zur Reichspräsidentenwahl war ein Artikel überschrieben: „Kaiser Wilhelm II. der Kandidat der SPD für den zweiten Wahlgang.“ U. a. hieß es in diesem Aufsatz: „Gemeiner und niederträchtiger hat wohl keine „Arbeiter“-Partei an den Interessen des sogenannten Proletariats gehandelt, wie die Sozialdemokratie. Gewissenlose Charakterlumpen haben die Arbeiterbewegung dem Hochkapitalismus ausgeliefert.“ (Notabene, A b e r l e meint damit nicht etwa seine Partei, sondern die Sozialdemokratie.) — Diese Blütenlese aus den Artikeln und den Ueberschriften der Artikel des A b e r l e mögen genügen, um zu zeigen, w e l c h e r A r t die Tätigkeit dieses Salenkreuzlers im Bezirk Bretten ist. Das ist nach Auffassung zweier Gerichte nicht volksverhetzend.

Der Wahrheitsbeweis wird trotz dieser augenfälligen Demonstration als mißlungen bezeichnet! Ja, was und wer ist denn dann schuld, wenn die Bevölkerung in einem dauernden Erregungszustand ist, wenn die Schlägereien und Verdrängerrollen sich ereignen, wenn sich die Gemeinden in zwei feindliche Heerlager teilen, die sich auf das Bitterste bekämpfen? Wer ist schuld, wenn Polizei, Gendarmerie und Behörden dauernd in Unruhe gehalten werden durch diese politischen Kämpfe. Es wurde früher doch auch scharf gekämpft, gerade in Bretten, immer lagen sich die Gegner schwer in den Haaren. Aber kam es ein einziges Mal zu solchen Auseinandersetzungen? Doch erst seit die Nationalsozialisten im Bezirk ihre Tätigkeit begannen, kam es zu dieser Schärfe des Kampfes. Das Volk ist verhetzt, aufgeregt, erregt und maßlos aufgepeitscht. Welches Gericht will das bestreiten?

Redakteur W i n t e r und sein Verteidiger, Rechtsanwalt E m m e r i c h, erachteten den Wahrheitsbeweis für erbracht und beantragten Freisprechung; auch verlangten sie den Schutz des § 193, Wahrheit berechtigter Interessen. Redakteur W i n t e r schilderte die Verhältnisse im Bezirk Bretten, illustrierte die Tätigkeit des A b e r l e

im Kraichgau und die Kampfesweise der NSDAP, im ganzen Reich.

Das Gericht beriet über das Urteil über zwei Stunden. Der Angeklagte wurde bestraft, so hieß es in der Begründung, weil er den Kläger A b e r l e durch die Behauptung, dieser übe eine volksverhetzende Tätigkeit aus, beleidigt habe, und ferner, weil W i n t e r behauptet habe, Rohheiten und Ausschreitungen hätten sich breit gemacht. Bezüglich der verhängenen Artikel des A b e r l e bemerzte das Gerichtsurteil, daß es A b e r l e mit der Ehre der Gegner nicht genau nimmt. Seine Angriffe würden beweisen, daß A b e r l e eine Persönlichkeit ist, die andere gerne etwas zu nahe tritt! Die Angriffe gegen Minister Remmele, betr. Goldschmidt usw. seien „stillschweigende Lebnagen“ des A b e r l e. (!!!) Der § 193 werde W i n t e r strikte verweigert.

Ein Urteil mehr, das über unsere Leser und Parteigenossen hinaus nicht verstanden werden wird. Was interessiert uns an sich der A b e r l e Er ist, was tausend andere auch sind, die aus der sozialistischen Bewegung zu dem Salenkreuz hinübergewechselt sind, weil sie glauben, hier r a t i c h e r ihren Latendrang befriedigen zu können, als es bei der Sozialdemokratie der Fall ist, wo es erst sich einreihen, lernen und arbeiten heißt, bevor man hervortreten kann. A b e r l e mag sich auf das Urteil fällen und renommieren, daß ihm gerichtliche Befähigung wurde, er übe keine volksverhetzende Tätigkeit aus. Doch aber keine Partei die politische Satirierpartei in Deutschland ist, daß eine Partei nur mit Lüge, Demagogie, Erbschneiderei und perfidischen Kampfmethode arbeitet, das ist so laub- und weidbekannt, daß wohl nicht einmal ein deutsches Gericht riskieren könnte, wegen dieser Behauptung eine Verurteilung auszusprechen. h. w.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:

Montag, den 18. April:

Blotzheim: Abends 8 Uhr in der „Klostermühle“ Mitgliederversammlung mit Vortrag von Gen. Dr. F o r m e r - K a r l s r u b e über „Die durch den Ausgang der Reichspräsidentenwahl geschaffene politische Lage“.

Dienstag, den 19. April:

Singheim, Amt Bühl: Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Krone“. Landtagsaba Gen. F r i n k s spricht. Thema: „Die politische Lage — Rückblick und Ausblick.“

Mittwoch, den 20. April:

Unterwiesheim, Amt Bruchsal: Abends 8 Uhr in der „Kanne“ Verammlung der NSD. mit Vortrag von Gen. Heinz B a u e r - K a r l s r u b e über das Thema: „Wirtschaftsanarchie oder Sozialismus?“ Wir erwarten, daß dieser Vortrag nicht nur von den Zuhörern, sondern auch von anderen sämtlichen Genossen beachtet wird. Auch Gefinnungsgenossen sind willkommen.

Samstag, den 23. April:

Forbach, Amt Rastatt: Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. Gen. F o r m e r - K a r l s r u b e spricht über „Die politische Lage — Rückblick und Ausblick.“

Die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder in diesen Versammlungen ist Selbstverständlichkeit. Gefinnungsgenossen sind mitsubringen.

Nach einige Ortsvereine sind mit der Einfindung der Quartalsabrechnung im Rückstand. Wir ersuchen daher nochmals um sofortige Erledigung.

Diejenigen Ortsvereine, die Referenten zu Mitarbeiter wünschen, werden um sofortige Nachricht mit näheren Angaben dringend gebeten. Das Parteisekretariat.

Levita-Prozeß in der Berufung

Der dritte Tag begann mit der Vernehmung des Zeugen Professor S t a e r t, Baden-Baden, der früher einmal eine Zeitschrift bei B a t t h a r i als Propagandaleiter angestellt war. In jener Zeit, wo er für Dr. S c h u l t e mit Levita und später auch Schwegel verhandelte, war er allerdings wieder im Staatsdienst. Er war der Mittelsmann, den Dr. S c h u l t e herangezogen hat, um mit Levita zu verhandeln. Von Dr. S c h u l t e will der Zeuge einen guten Eindruck gehabt haben. Seit Jahren schwören, wie er ausfragte, in Baden-Baden die Gerichte um B a t t h a r i. Das hing natürlich auch mit der persönlichen Lebensführung eines Mitinhabers zusammen. Es ist nicht so, daß die Behauptungen, die Levita aufgestellt hat, sich dieser aus den Fingern gelogen hat. Auch andere Kreise verbreiteten diese Gerüchte. Als der Zeuge davon erfuhr, trat er auf Veranlassung des Dr. S c h u l t e an Levita heran, um ihn zu überzeugen, daß das Erscheinen der Broschüre in der Öffentlichkeit unterbleibe. Dabei hat er den Betrag von 50 000 Mark angeboten. Wer das bezahlt hat, will er auch erst im letzten Augenblick erfahren haben. Es wurde eben allgemein mit verdeckten Karten gespielt. Wichtig für die Schuldfrage in diesem Punkte war die Erklärung des Zeugen, wie er Levita das Angebot unterbreitete: „Ich glaube, wenn Sie 50 000 Mark bekämen, dann könnten Sie zufrieden sein!“

Im übrigen ist der Zeuge außerordentlich zurückhaltend mit seinen Aussagen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Gefühl gehabt habe, in Levita einen Erpresser vor sich zu haben, gibt er nur abweichende Antworten und gibt es auch nicht zu. Er betonte es nur als ein unbedeutendes und unsicheres Gefühl, bei dem man allerdings auch etwas verdienen konnte. Seine Prokollomen und Gesellen erhebt er von Dr. S c h u l t e. Wie hoch die waren, neben dem Gehalt vom Staat, erzählt man nicht. Wenn man aber weiß, wie damals bei B a t t h a r i, auch in der Liquidation, gemeint sein. Er erzählt dann, wie kurz nach dem Vertrag Levita Schwegel mit seinem „Reichsbuch“ kam und nun auch seinen Teil wollte. Dr. S c h u l t e batte damals, als er das Buch zu Gesicht bekam, sofort reagiert: „So jetzt klagt der andere an!“ Offensichtlich hatte Dr. S c h u l t e selbst großes Interesse daran, daß das Buch nicht veröffentlicht wurde.

Nachmals wird der Zeuge B e r g m a n n über seine Vollmachten von Reemtsma befragt, als er mit Levita den neuen Vertrag abschloß. Schwegel verlangte 3000 im Monat, schließlich einigte man sich auf 2000 Mark auf die Dauer von drei Jahren. Mit diesem Betrag war Reemtsma einverstanden. Er, B e r g m a n n sei auf dem Standpunkt geblieben, daß man den Leuten am besten so wenig wie möglich gebe. Er gibt auch zu, daß wenn Levita die Broschüre so wie er es verlangt habe, in einer Auflage von 200 000 Stück verkauft hätte. (Der Preis war 1.— Mark). Es war ja hochzufällig.

Es sollten noch verschiedene Aussagen verlesen werden. Bei den Aussagen des Redakteurs F r i t z T e b e n s, der an der Deutschen Tageszeitung beschäftigt war, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Verteidigern und dem Staatsanwalt. Der Staatsanwalt behauptete, daß die Aussagen Tebens vor dem Schöffengericht in Karlsruhe vorzüglich und wissenschaftlich falsch seien und er den Zeugen eines überlegenen Meinungs beizuhilge. Dagegen vermahnt sich Rechtsanwalt Frank mit aller Entschiedenheit. Es verhoffe sich die Prozessordnung, wenn der Staatsanwalt einen Privatbrief bezu berichte, um einen nicht anwesenden Zeugen öffentlich des

Meinendes zu beschuldigen. Auch Rechtsanwalt Veit wendet sich gegen ein solches Gebahren. Er kommt auf den Vorfall von gestern zu sprechen, wo ein Zeuge gegen Reemtsma öffentlich ein Meindeverhältnis beantragte, der Staatsanwalt aber mit fälschlicher Handbewegung abgewehrt habe. Das Gericht lebte den Beweisanspruch des Staatsanwaltes ab, da aus dem Protokoll ersichtlich ist, daß der Vorfall der Aussagen mit den Anschuldigungen des Staatsanwaltes nicht übereinstimmen.

Damit ist die Beweisaufnahme erschöpft, weitere Beweismittel werden abgelehnt und der Staatsanwalt erachtet das Wort zu seiner Anklage. In nahezu einfüßiger Rede beleuchtete er das Treiben des Angeklagten in Verbindung mit Schwegel. Die Staatsanwaltschaft habe dem Vorwurf, daß Levita seine Behauptungen wieder besseres Wissen aufgestellt habe, folgen lassen. Eine able Verleumdung käme also nicht in Frage. Zur Erpressung selbst steht er auf dem Standpunkt, daß es ganz gleichgültig ist, ob sich der Erpreßte einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat oder nicht. Klar erweisen ist durch die eingehende Beweisaufnahme die völlige Heillosigkeit der Verleumdungen gegen die Beamten des Reichsfinanzministeriums. Unter Berücksichtigung dessen, daß Levita wohl im guten Glauben gehandelt habe, beantragte er eine Verurteilung in 2 Fällen wegen vollendeter und in 2 Fällen der versuchten Erpressung, wofür eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren auszusprechen sei. Die beiden Verteidiger Rechtsanwalt Veit-Karlsruhe, Rechtsanwalt Frank-Dormund, verlangen in ihrem Plädoyer die völlige Freisprechung des Angeklagten. Nicht die Frage, ob moralisch oder unmoralisch, sondern lediglich die Frage, ob sich der Angeklagte strafrechtlich schuldig gemacht habe, sei zu prüfen. Die Verteidigung kommt zu einer Verneinung dieser Frage.

Das Urteil

Nachmals wird die Beweisaufnahme eröffnet und Generaldirektor B e r g m a n n über Dr. S c h u l t e vernommen. Der Staatsanwalt wirft Levita vor, daß er die Behörde von der Tätigkeit dieses „Trennhänders“ nicht unterrichtet habe. Levita gibt an, daß er diese Dinge um jene Zeit nicht gewußt habe. Aber schon 1929 hat T e b e n s diese Vorwürfe erhoben und ihm hat der Staatsanwalt am Vormittag den Vorwurf des Meinens gemacht. Man war erschüttert, als B e r g m a n n und der Zeuge Lummel davon berichtet haben, wie S c h u l t e die kleinen Betriebe systematisch zu Grunde gerichtet hat. Gab es doch 1925 in Deutschland noch über 500 Finanzfabriken, heute sind es keine 50 mehr, die selbständig arbeiten. Das die Urriaden allein die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sein sollten, wird von niemanden mehr im Ernst behauptet. Mit dem Prozeß ist jetzt wieder ein Stück der großen Debatte gegen den früheren Reichsfinanzminister zusammengebrochen. Ohne jeden Zweifel stehen die Beamten des Reiches da, auch nicht eine Spur von Unredlichkeiten konnte nachgewiesen werden.

Spät am Abend verläßt der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. R u d m a n n das folgende Urteil:

Die Strafkammer verurteilt den Angeklagten wegen teils vollendeter, teils versuchter Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Freisprechung erfolgte nur im Punkt der der Anklage. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Sport

Fußball

Mit dem morgigen Sonntag wird die Vorrunde im 3. Bezirk von allen Gruppen, mit Ausnahme der 6., abgeschlossen. Zum Austritt kommen die Spiele, die am 13. März anlässlich der Reichspräsidentenwahl ausfallen sind (1. bis 5. Gruppe). In allen Gruppen sind interessante Kämpfe zu erwarten, ganz besonders aber in der 1. Gruppe, in der am Sonntag die endgültige Führung fällt. Es spielen:

- 1. Gruppe: Durlach — Aue, Reilingen — Hagsfeld, Weierthelm — Union, Ettlingen — Grödingen.
- 2. Gruppe: Mühlburg — Erlenberg, Hohenwettersbach — Grünwettersbach, Eßbach, Eßbachener — Mühlburg.
- 3. Gruppe: Königsdach — Stein, Esslingen — Eingen.

- 4. Gruppe: Gaggenstein — Bruchsal, Miantenloch — Ruhheim, Untergröndach — Jöhlingen, Weingarten — Weibolsheim.
- 5. Gruppe: Wehringen — Ittersbach, Dittendaulen — Weier, Pforsheim — Brühlingen.
- 6. Gruppe: Märlch — Forbach, Turmersheim — F. L. R., Forchheim gegen Grünmühl, Neubirwiler — Wulach.
- 7. Gruppe: Märlch — Seppoldshafen, Reupföb — Gaggenbach. eb.

Handball

Die Meisterschaftsspiele nehmen ihren Fortgang. Za. Durlach tritt zu Hause gegen Daxlanden I an und Karlsruhe-Süd spielt gegen seine Vereinsgenossen aus Mühlburg, die für Darlanden A in die Meisterschaftsrunde einziehen. In Reimheim findet noch ein unabhängiges Spiel statt zwischen Turnerbund und Grödingen. Freundschaftsspiele: Wulach — Miantenloch (14. Apr.), Bergbäulen — Schopfport Karlsruhe, Miantenloch — Bruchsal, Au a. Rh. — Rindel. Spielbeginn 3 Uhr. Telefonblatt 1/6 bis 7 Uhr (6617).

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Wolff, Freilicht Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Funktion, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Reise Nachrichten: E. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelhoben, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jugendrot, Selma und Kindern, Sport und Spiel, Musikante: Josef Gietze. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Roth-Händle (dunkel)

„Hoco“ (hell)

Rival (hell)

2 1/2

Zigaretten

also billig

warum?

weil keine teure Reklame

weil einfache Verpackung

trotzdem

gut, rein, würzig

der Erde

meistgerauchter

Typ!

Anzulängliche Berücksichtigung des Wohnungsbaues im Staatsvoranschlag

Der Standpunkt der Städte

Vom Badischen Städteverband und Badischen Städtebund wird uns geschrieben:

Die Notlage des Neubaues gab dem Badischen Städteverband und dem Badischen Städtebund bereits vor einiger Zeit zu der Bitte an den Landtag Veranlassung, daß das Land, das seit dem Notgesetz vom 9. Juli 1931 für den Wohnungsbau überhaupt keine Gebäudebesondersteuer mehr zur Verfügung stellt, auch seinerseits wieder einen Wohnungsbauteil von der Gebäudebesondersteuer abzugeben und zur Erleichterung der Notlage des Neubaues verwenden zu wollen. Leider ist diesem Antrag in dem Regierungsentwurf des neuen Staatshaushaltsplanes 1932 und 1933 nicht entsprochen. Zur Erleichterung der Lage des Neubaues werden lediglich 300 000 M. jährlich bereitgestellt, was als gänzlich unzureichend bezeichnet werden muß. Städteverband und Städtebund haben daher in ihren Anträgen zu dem Staatsvoranschlag erneut die Wiedereinführung eines Wohnungsbauteils des Landes aus der Gebäudebesondersteuer zur Entlastung des Neubaues gefordert.

Aber auch in anderen Punkten sind gegen die Gestaltung des Haushalts der Wohnungsfürsorge schwere Bedenken zu erheben. Vor allem stellt es eine insofern nicht vertretbare Benachteiligung der Gemeinden dar, daß die Regierung den größten Teil des gemeindlichen Wohnungsbauteils, den sie auf Grund reichsrechtlicher Vorschriften zentral zu verwalten hat, nicht nur in ihre Verwaltung nimmt, sondern auch zugleich als Eigentum für das Land beansprucht und an die Gemeinden lediglich wieder verleihen will. Eine derartige Regelung würde dahin führen, daß die Gemeinden für ihre eigenen Mittel Zinsen und Tilgungsbeträge an das Land leisten müßten. Im Endergebnis käme dieses Verfahren auch auf eine Umkehrung des gesetzlichen Verteilungsschlüssels hinaus, da hiernach dem Lande nicht mehr 47, sondern künftig 57 Prozent des Gesamtaufkommens zufließen würden. Es ist daher zu fordern, daß den Städten und Wohnungsverbänden ihre Wohnungsbauteile zum mindesten in Höhe ihres örtlichen Aufkommens zu Eigentum zurückgegeben werden.

Eine weitere schwere Belastung der Städte und damit des Hausbaus würde sich ergeben, wenn, wie in dem Entwurf vorgesehen, für das Rechnungsjahr 1932 keine Mittel zur Deckung der Verzinsung der Städte über das künftige Gebäudebesondersteueraufkommen bereitgestellt würden. Bekanntlich haben die Städte und auch einzelne Wohnungsverbände, um eine verstärkte Förderung des Wohnungsbaues zu ermöglichen, in den früheren Jahren erhebliche Mittel aus dem Gebäudebesondersteueraufkommen der Folgejahre in der Weise herangezogen, daß die künftigen fällig werdenden Zinsverpflichtungen jeweils aus dem künftigen Steueraufkommen gedeckt werden sollten. Nach dem nunmehr das Land die Übernahme des gemeindlichen Wohnungsbauteils an sich anordnet hat, ist es auch verpflichtet, aus diesen Mitteln die Verbindlichkeiten der Städte zu decken. Würde der Landtag sich dem nicht anschließen, so bedeutete das für die Städte zugleich ein Zwang, die Zinsen für die früher gewährten Baudarlehen zu erhöhen oder die gewährten Zinsverbilligungsschüsse zu beseitigen, um eine Deckung ihrer Verbindlichkeiten zu erhalten. Die Folge wäre eine Preissteigerung, die sich ganz unbillig auswirken müßte und auch die Preisverhinderung der Reichsregierung völlig gegenstandslos machen würde. Die Städte und Wohnungsverbände müßten daher wenigstens so viele Mittel aus ihrem Wohnungsanteil zurückhalten, als sie zur Deckung ihrer früher für die Förderung des Wohnungsbaues übernommenen Verpflichtungen benötigen.

Der Landtag kann diesen Anträgen um so eher entsprechen, als die hier vorgeschlagenen Maßnahmen bei voller Ausgleichung des Haushalts der Reichlichen Wohnungsfürsorge durchgeführt werden können. In der Einlage des Städteverbandes und Städtebundes ist dies im Einzelnen näher dargelegt. Die Städte hoffen auf das Bestimmteste, daß der Landtag nicht an dem untragbaren Regierungsverhalten festhält, sondern im Interesse des Hausbaues und der Wirtschaftlichkeit den Vorschlägen des Städteverbandes und des Städtebundes entspricht.

Berliner Devisennotierungen (Mittelfkurs).

	15 April		14 April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterd.	100 fl.	70.68	71.02	70.68
Batavia	100 g.	1.63	21.67	21.63
Bomb.	100 R.	15.88	15.92	15.92
Brüssel	100 B.	4.209	4.21	4.209
Genève	100 Fr.	16.61	16.6	16.61
Hankow	100 R.	12.465	12.46	12.4
London	100 £.	1.87	2.03	1.92
Manila	100 P.	22.27	22.33	22.27
Peking	100 R.	0.42	0.58	0.2
Shanghai	100 R.	49.5	0.18	49.96

Badisches Landesstheater Karlsruhe

Spielplan vom 16. bis 24. April 1932:

Im Landesstheater: Samstag, 16. April: *C 23. 25. Gem. 901-1000. Aufführung: Erzählungen. Von Offenbach. 20 bis nach 22.30 (5.70). — Sonntag, 17. April: Morgenfeier „Wilhelm Busch“. 11.15-12.30 Uhr (0.50 bis 1.-). — Kammeroper: 11. Vorstellung der Sonderreihe für Ausländer. Abends: *G 23. 25. Gem. 1001-1100. Magister. Von Bach. 20-22.15 Uhr (6.30). — Montag, 18. April: Volksbühne: Aprilvorstellung. Waschen. Von Schiller. 19.30-23.30 Uhr (4.20). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Dienstag, 19. April: *B 24. 25. Gem. 1001-1100. Neu einstudiert: Wenn der junge Wein blüht. Lustspiel von Müllers. 20-22 Uhr (3.50). — Mittwoch, 20. April: *A 26 (Mittwochspiel). 25. Gem. III. 2. Hälfte. Der Sonnenkrieger. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 19.30-22.15 Uhr (4.20). — Donnerstag, 21. April: *D 27 (Donnerstagspiel). Theater-Gemeinde III. Sonderstunde. 1. Hälfte. In Anwesenheit des Komponisten: Das Ges. für Klavier von Hans Pfitzner. Von 20 bis 22.45 Uhr (5.70). — Freitag, 22. April: *F 28 (Freitagsspiel). 25. Gem. 701-800. Der Rosenkavalier. Von Richard Strauss. 20-23.30 Uhr (5.70). — Samstag, 23. April: *G 24. Zum erstenmal: Der 18. Oktober. Schauspiel von Walter Erich Schäfer. 20-22 Uhr (4.20). — Sonntag, 24. April: Nachmittags: Zu kleinen Preisen. Im weichen Röhl. Schauspiel von Benndt. 15-18 Uhr (4.20). Abends: *E 23. 25. Gem. 1301-1350. Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20-22.30 Uhr (6.30). — Im Stadt. Singsaal: Sonntag, 17. April: *Suz goldenen Siebe. Operette von Benndt. 19.30-22.15 Uhr (2.60). — Sonntag, 24. April: Nachmittags: *H 29. — Donnerstag, 21. April in Straßburg: Jpbilgen auf Lauris.

Eine verhängnisvolle Auswirkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 auf die gesamte Volksgesundheit

Unter dieser Überschrift wurde im Januar 1932 durch die Zeitungen eine Abhandlung darüber verbreitet, daß vom 1. Januar 1932 ab die Notverordnung nicht mehr oder nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen für eine notwendig werdende Krankenhausbehandlung von Familienangehörigen übernommen dürfen. In dem Artikel wurden in der Tat die Notverordnung über die Krankheitsbehandlung, welche diese Notverordnung über die Krankheitsbehandlung mit sich bringen, und dabei dem Verlangen auszugehen, die so unbilligen Bestimmungen (Schleusent) aufzuheben einseitig haben, ist bis jetzt weder eine Aufhebung noch eine Änderung der Bestimmungen erfolgt und auch in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Der Inhalt der geschiedenen Notverordnung verbleibt somit nur der Weg zur Krankheitsbehandlung. Hierzu bietet die „Zelus“ Gemeinnützige Krankenhausvereine des Reiches von monatlich 20. 1.25 an ermäßigter Stelle Krankheitsbehandlung. Die auf dem Grund der Gemeinnützigkeit aufzubauende Krankheitsbehandlung wurde vom Reichlichen Ministerpräsidenten der Reichsregierung empfohlen. Nähere Auskunft erteilt die Bezirksleitung für Baden in Karlsruhe, Gellinger Straße 29. (Siehe die Ausgabe in der heutigen Ausgabe.)



ATA schont die Haushaltkasse!

Die hervorragende Güte und der Spargroschen, den Sie bei Ata haben, das ist der Grund, warum fast jeder Haushalt Ata verwendet. Hausfrauen, die das Rechnen verstehen, nutzen heute jede Spargelegenheit. Ata macht's Ihnen leicht, beim Sparen, beim Putzen und Scheuern! Für wenig Geld erhalten Sie eine Putz- und Scheuerhilfe von großer Ergiebigkeit und in einer praktischen Streufflasche, die sparsamste Verwendung sichert.

Sparen Sie beim Scheuern und Putzen wie alle, die Henkel's Ata benutzen!

Auch für Aluminium bestens bewährt! Aluminium trocken putzen!

ATA putzt und reinigt alles
Hergestellt in den Persilwerken

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkel's



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

16. April
1828 *Spanischer Maler Francisco Goya. — 1844 *Französischer Dichter Anatole France. — 1904 *Englischer Schriftsteller Samuel Smiles. — 1919 Verordnung: Staatliche Erwerbslosen-Unterstützung. — 1920 Inhalt: 1. Mai gesetzlicher Feiertag. — 1922 Deutsch-russischer Vertrag von Rapallo. — 1928 *Russischer Sozialist Paul Axelrod

17. April
1774 *Dr. Röntgen, Erfinder der Röntgenstrahlung. — 1790 *Amerikanischer Staatsmann B. Franklin. — 1864 *Dichter Karl Benzell. — 1904 *Russischer Maler Wladimir Stachanin. — 1913 Erster Flug von England nach Deutschland (Fieger Samel). — 1919 Truppen besetzen Braunschweig.

Fleisch wird teurer

Die Mehrgewinnung hat die Preise für einige Fleischsorten erhöht und zwar für das Rindfleisch um 8—10 Pfg., Schweinefleisch um 10 Pfg. das Pfund. Eine Fleischpreiserhöhung in der Zeit der Preisentlastung wird nirgends verstanden werden, aber erst recht nicht können die Konsumenten und nicht zuletzt die Produzenten eine Fleischpreiserhöhung gut heißen, wo doch die Viehpreise mit Ausnahme von ganz geringfügigen Schwankungen seit vielen Monaten stabil sind. Die Viehpreise haben also nicht im geringsten den Anlaß geben können, um die Fleischpreise zu erhöhen. Den Konsumenten mit ihrem geschwächten Einkommen trifft eine Steigerung des Fleischpreises sehr schwer und dies umso mehr, wenn es sich um ein Konsumfleisch, wie das Rindfleisch, handelt. Man wird vielleicht sagen, daß je nach Fleischsorte eine Erhöhung von 8—10 Pfg. nicht ins Gewicht falle. Eine solche Annahme wäre vollauf falsch, denn heute muß in jeder Familie und erst recht in derjenigen der breiten Masse mit jedem Pfennig gerechnet werden. Also die Viehpreise gaben wahrhaftig nicht im geringsten einen Grund zur Erhöhung des Preises für Rindfleisch und Schweinefleisch. Die Veranlassung muß also schon anderer Natur sein. Umso unverständlicher ist also die Heraushebung der Preise für oben genannte Fleischsorten. Es mag sein, daß die Verdienstsprende der Metzgermeister keine so große mehr ist, wie vielleicht vor Jahresfrist. Aber die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer sind bekanntlich stark gefallen und die Herren Metzgermeister mühten sich nun ebenfalls mit einer kleineren Verdienstsprende begnügen. Die heutige Zeit ist wahrhaftig nicht dazu angetan, um große Gewinne zu erzielen.

Allerdings werden die Metzgermeister erklären, daß sie auch einen Preisabschlag erfolgen lassen und zwar beim Schweinefleisch von 76 auf 70 Pfg. Dazu ist zu sagen, daß eine Herabsetzung des Preises für Schweinefleisch schon längst fällig war. Die Preisreduzierung für diese Sorte Fleisch ist also wahrhaftig kein Opfer. Dazu kommt, daß gerade Bauchstücke in der jetzigen Jahreszeit weniger gekauft werden, wie in Zeiten der kühlen Witterung, wo vielfach zum Sauerkraut die Schweinebauchstücke Verwendung finden.

Nun hat Baden bekanntlich auch einen Preisstommis. In der Eingeweihte Kreise verstehen nicht, warum der Preisstommis der Preisreduzierung für Rindfleisch und Schweinefleisch hat zum letzten können in Berücksichtigung der Tatsache, daß die Viehpreise nicht gestiegen sind. Aber auch der Landwirt wird diese Art Preispolitik nicht verstehen, denn er erhält für sein Schlachtvieh keine Mark mehr wie bisher, aber der Metzgermeister in Karlsruhe darf die Preise erhöhen. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, was den Herrn Preisstommis dazu bewegen hat, die Wünsche der Metzgermeister zu erfüllen.

Bunter Abend für die Erwerbslosen

Wie schon bereits angekündigt, ist es dem Ortsauschuss des ADGB gelungen, für seine Erwerbslosen am Montagabend 8 Uhr im großen Festballsaal einen „Bunten Abend“ zu veranstalten. In entgegenkommender Weise hat der Stadtrat den Großen Festballsaal zur Verfügung gestellt und haben die nachfolgenden Künstler ihre unentgeltliche Mitwirkung zugesagt. Herr Direktor des Bauernvereins hat die Leitung übernommen und wird auch persönlich durch humoristische Resitationen den Abend verschönern helfen. Die übrigen Mitwirkenden sind: Ellen Winter (Soprano), Lotte Fischer (Koloratur), Karl Heinz Röser (Bariton), Kapellmeister R. Stern, Ida und Karl Heinz Kögel, Tanzschule Merz, Leiser, Beuchter, Kofal, Quartett, Leitung R. Schilling, sowie das Philharmonische Orchester, Leitung R. Gühr. In der Pause wird den Erwerbslosen ein kleiner Ambis verabreicht. Wie schon bemerkt, sind die Karten bei den gewerkschaftlichen Organisationen unentgeltlich für die Erwerbslosen zu haben und ist der Beginn auf 8 Uhr abends festgesetzt.

Den Erwerbslosen wird hierdurch sicherlich eine Freude bereitet, was ihnen von Herzen zu gönnen ist. Die Stadterwaltung, sowie alle Mitwirkenden dürfen sich des freudigen Dankes aller Besucher gewiß sein.

(.) Silbernes Ehejubiläum. Am heutigen 16. April sind es 25 Jahre, daß unser Genosse Stadtrat August Philipp und seine Frau den Ehebund geschlossen haben. Zu ihrem silbernen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche! Genosse Philipp ist als Anseher des Bauernvereins weit über Karlsruhe hinaus bekannt und erfreut sich in Partei- und Gewerkschaftskreisen größter Achtung. Während den letzten 25 Jahren hat er als Führer der Bauarbeiter so manchen schweren Kampf mit den Unternehmern auszufechten gehabt, wobei es oft hart auf hart ging und die bekannte Bauarbeiterparole, die August Philipp sehr gekannt und wirkungsvoll zu sprechen vermag, geführt werden mußte. In der Partei werden die Fähigkeiten des Genossen Philipp ebenfalls sehr geschätzt, weshalb ihm auch ein Stadtratsmandat übertragen wurde. Seine Tätigkeit als Funktionär der Arbeiterbewegung nahm ihn in den letzten 25 Jahren recht oft über das normale Maß hinaus von der Familie weg, aber Mutter Philipp zeigte Verständnis dafür, das Eheglück hatte darunter nicht gelitten. Auf diese unangenehme Seite des ehelichen Zusammenlebens der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre darf auch einmal an dieser Stelle hingewiesen werden, sie wird nämlich zu gerne nicht gewürdigt. Möge August Philipp und seiner sehr geliebten Lebensgefährtin auch weiterhin nur das Beste beschieden sein!

Erneute Nazi-Unruhen

Planmäßige Vorbereitungen / Nazi-Lausbuben benötigen Feuerwerkskörper / Langmut der Polizei / Das Schnellgericht in Tätigkeit / Polizei warnt Neugierige

Auch in den gestrigen späten Abendstunden kam es in der Kaiserstraße zwischen Marktplatz und Hauptpost zu Zusammenrottungen früherer SA-Mitglieder, doch gelang es der Polizei, stets rechtzeitig die Ansammlungen aufzulösen, wobei in zwei Fällen vom Gummihüpfel Gebrauch gemacht werden mußte. Es wurden mehrere Sektierungen vorgenommen, von denen allerdings, wie verlautet, nur eine anrechterhalten wurde. Die Demonstranten versuchten die Unruhe durch Abbrennen von Feuerwerkskörpern zu erhöhen. Die Bewegung erreichte um 11 Uhr ihren Stillstand.

Der Polizeibericht zu den gestrigen Unruhen:

Gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr kam es in der mittleren Kaiserstraße wiederholt zu kleineren Ansammlungen halbwegs alter Burschen, die in der Mehrzahl vermutlich der aufgelösten SA angehörten. Die Polizei griff energisch durch, insbesondere da versucht wurde, durch Abbrennen von Feuerwerkskörpern Panik zu erzeugen. Acht Personen wurden festgenommen, darunter einer, der Feuerwerkskörper abgebrannt hatte; vier Personen werden dem Schnellrichter vorgeführt, die übrigen heute vom Polizeipräsidenten abgestraft werden.

Die Polizei warnt Neugierige

Die Polizei teilt mit: Da auch zahlreiche Neugierige das Vorgehen der Polizei erschwert und behindert haben, wird darauf aufmerksam gemacht, daß hinsichtlich der Polizei bei ihren Räumungsaktionen auch gegen solche Personen, die nicht unmittelbar an den Zusammenrottungen beteiligt sind, vorgehen wird.

Zu den Krawallen am Donnerstag abend

Es ist außerordentlich betrüblich, feststellen zu müssen, daß in keiner anderen deutschen Stadt als Karlsruhe nach der erfolgten Auflösung der SA und SS Vorgänge zu beobachten waren, wie wir sie am Donnerstag nachmittag und abend bis in die späte Nacht hinein erlebten.

Die Polizei erwies in der Tat eine bewundernswerte Langmut gegenüber dem provozierenden jungen Volk, das sich in Truppen und Kolonnen, offenbar nach ganz bestimmten Parolen handelnd, immer und immer wieder an den verkehrsreichen Plätzen und Straßenkreuzungen anstellte.

Eine besondere Verärgerung leisteten sich die fast ausschließlich als junge Anhänger der Nationalsozialistischen Partei erkennlichen „Radschaberkolonnen“ gegenüber den Polizeimannschaften. In den ersten Abendstunden zwischen 6 und 8 Uhr umfuhren mehr als 80 jugendliche Radschaber, teils mit Schilddüsen, teils mit Mützen und Hitzlerzeichen, die Häuserkomplexe zwischen Kaiserstraße, Kreuzstraße, Zitel, Karl-Friedrich-Straße, und zwar unauffällig, meist auch durch gemeinsames Singen, störend bemerkbar zu machen. Sie erschwerten dadurch die Maßnahmen der Polizei, Ansammlungen zu zerstreuen, bewußt und absichtlich. Schließlich schritt aber die Polizei zur Festnahme einiger besonders renitenter Radschaber, die den Anweisungen der Polizeistreifen keinerlei Folge leisten wollten. Es muß festgestellt werden, daß sich unter diesen Radschabertruppen auch eine Anzahl Mittelschüler befanden haben, so daß es endlich am Platte wäre, derlei politisch demonstrierende schulbesuchende Burschen durch exemplarische Strafen zurechtzuweisen.

Wenn man heute gelegentlich vernimmt, die Polizei sei am Donnerstag abend etwas so leicht vorgegangen, so muß man sich einmal wirklich in die Lage der Mannschaften versetzen, deren Geduld während auf eine allzu harte Probe gestellt wurde. Jegliche verbindliche Form der Aufforderung, auseinander zu gehen, wurde von den jugendlichen Truppen, die, wie bemerkt, überwiegend aus Hitleranhängern bestanden, mit höhnlichem Gelächter beantwortet. Neutrale Beobachter dieses bedauerlichen nächtlichen Schaupiels müssen ausgeben, daß die jugendlichen verheteten Elemente den pflichttreuen Beamten ihre Arbeit nach Möglichkeit erschwerten. Man hörte

gemeine Ausdrücke gegen die Polizeimannschaften,

jugendliche Burschen, von denen mehrere den aufgelösten Verbänden angehörten, leisteten den Aufforderungen der Polizei Widerstand; in verschiedenen Fällen wurde den Polizeibeamten der Fuß gesteckt, so daß sie zu Fall kamen, dann wurden den Beamten gegenüber von Hausstören und Schlägen aus dem Vorborgenen drohende oder höhnlische Bemerkungen zugehört. Schritten dann die beleidigten Beamten pflichtgemäß ein, so warf man vor ihnen die Hausstöre in die Falle. Derlei gemeine Provokationen konnte man in den verlassenen Straßenzügen der Mittelstadt beobachten.

Ein weiterer Augenzeuge schreibt uns: Vorabend abend 10 Uhr. Das Polizeiauto fuhr, von der Kaiserstraße kommend, durch die Ritterstraße in Richtung Kaiserstraße. Ede Geprinsens- und Ritterstraße stand eine Gruppe, welche, als das Auto an ihnen vorbei gefahren war, mehrmals in provozierendem Tone „Heil Hitler“ rief.

Einige Minuten später. Wir gingen über den Ludwigsplatz. Auf der Kaiserstraße, bei der Waldstraße, lagte eine große Gruppe (Schwarzrotweisse) mit dem Schlußruf „Heil Hitler“. Bald darauf fuhr das Polizeiauto durch die Waldstraße in Richtung Ludwigsplatz, voraus rannten circa 50 junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren unter andauerndem „Heil Hitler“-Rufen. Am Ludwigsplatz teilte sich die Gruppe. Das Polizeiauto holte diejenigen, welche die Kaiserstraße entlang rannten, bei der Amalienstraße ein und packte sie

auf das Auto. Die Burschen schwiegen erst in dem Moment, als sie das Auto eingeholt hatte. Nun konnten die jungen Leute vor den Schnellrichter. Es ist vorauszuheben, daß nach ihrer Ansicht natürlich keiner von ihnen die Polizei veräppelt hat, obgleich unabweisbar Provokation vorlag. Ich hätte es vollkommen verstanden, wenn die Polizei diese „zitterliche Kampfesweise“ der Nazi mit dem Knüttel beantwortet und sich den Transport nach der Wache erspart hätte.

Die planmäßige Vorbereitung

Die Karlsruhe Zeitung berichtet zu den Vorfällen: Die Demonstrationen der Nationalsozialisten, die offenbar mit der Auflösung der SA im Zusammenhang stehen, und die sich nach dem unten wiedergegebenen Polizeibericht auch am Donnerstag wiederholten, sind zweifellos planmäßig veranstaltet, um eine künstliche Erregung und damit Sektierungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Die diesbezügliche Führung der Nationalsozialisten scheint jetzt das durchzuführen zu wollen, was sie im Führer Nr. 75 vom 29. März 1931 angekündigt hat. Damals war kurz vorher im Landtag eine förmliche Anfrage (Nr. 89) eingebracht worden, in der behauptet wurde, das Ministerium des Innern sammle Material gegen die SA, um gelegentlich ein Verbot herbeizuführen zu können. In dem erwähnten Artikel des Führer vom 29. März wurde diese Behauptung wiederholt. Dann hieß es:

Falls es der badischen Regierung angenehmer ist, statt mit einem geschlossenen disziplinierten Verband, der fest in der Hand seiner verantwortlichen Führer steht und jederzeit kontrollierbar ist, mit einer unzusammenhängenden Masse verirrter junger Menschen, für deren Tun und Lassen die NSDAP, dann selbstverständlich jede Verantwortung ablehnen muß, zu tun zu haben, so mag sie immerhin verbieten.“

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei lehnt jedwede Art von Augenblick eines SA-Verbotes an jede Verantwortung für die ihrer Autorität entzogenen Leute ab.“

„Sie wird Vorgänge, welche heute durch die Disziplin der geschlossenen SA ausgeschlossen sind, die aber mit dem Augenblick einer Auflösung sehr wohl in den Bereich des Möglichen gerückt werden dürften, nicht billigen, aber sie wird Verständnis haben für die maßlose Verbitterung, welche ein derart ungerades und ungerechtfertigtes Vorgehen in den Reihen der Betroffenen erzeugt. Die badische Regierung möge sich das weislich durch den Kopf gehen lassen, ehe unübersehbares Unheil angerichtet wird.“

Es besteht kein Zweifel, daß die Führer der Nationalsozialisten die damals ausgesprochene Drohung nicht, wo das Verbot der SA von Reichs wegen praktisch genossen ist, zu vernünftigen suchen, die jungen Leute aufheben und auf die Straße schicken. Von einer „Erregung in der Bevölkerung“ ist keine Spur vorhanden. Die Demonstranten sind lediglich junge Leute, die offenbar mit Wissen des Stabsleiters des Gauamtes Baden der SA, Morawer, der heute den Rang eines Standartenführers (Regimentskommandeurs) besitzt und schon im vorigen Jahre unter dem Namen „Kimpf“ für den Fall der Auflösung der SA im Führer Nr. 75 Demonstrationen angekündigt hat, auf die Straße geschickt werden, um eine Erregung der Bevölkerung vorzutäuschen, um Ruchelstörungen herorzurufen. Dieses Treiben wird die Polizei unter gar keinen Umständen dulden und vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückweichen, wenn weitere Demonstrationsversuche unternommen werden.

Der Schnellrichter in Tätigkeit

Die Vorgänge, die sich am Donnerstag abend auf der Kaiserstraße abspielten, bildeten gestern Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schnellrichter. Zunächst war angeklagt der 31jährige Elektrotechniker Georg Knopf von hier wegen Widerstands. Er ließ Donnerstag abend 22.40 Uhr Ede Kaiser- und Ritterstraße stehen und wurde aufgefordert, weiterzugehen. Dem Beamten leistete er Widerstand, indem er sich an den Boden stemmte und ihn am Halskragen packte. Wegen Widerstands wurde auf zwei Wochen Gefängnis erkannt.

Der 32jährige Koch Walter Köhler, der 31jährige Tierarztinspektor Dr. Kurt Heil, der 30jährige Kaufmann Georg Knopf und der 20jährige Student Georg Wimmer von hier waren wegen Beamtenbeleidigung angeklagt, weil sie vor dem Führer-Verlag zwischen Marktplatz und Kreuzstraße Polizeibeamten gegenüber „Wui“ riefen. Wimmer rief: „Die haben Gefächter wie die Affen.“ Der Angeklagte erklärt, das habe sich auf zwei Kommunisten bezogen (!). Das Gericht beschließt das Verfahren gegen Knopf in das ordentliche Verfahren überzuleiten, da der Fall noch nicht genügend geklärt zu sein scheint. Gegen Köhler erging wegen Beleidigung eine Geldstrafe von 30 M. Beschl. Heil und Wimmer wird die Sache in das ordentliche Verfahren überleitet, da noch weitere Erhebungen zur Klärung des Sachverhalts gemacht werden müssen. Nach Verbindung des Urteils und Gerichtsbeschlusses erhält Köhler die rechte Hand und rief: „Heil Hitler!“ Der Staatsanwalt beantragte wegen Angehöriger vor Gericht eine sofort zu verbührende Haftstrafe von zwei Tagen. Der Richter beschränkte sich auf eine Verwarnung (!) des Angeklagten.

Wegen großen Unfalls wurde der 19jährige, wegen Landfriedensbruchs verurteilte Gärtner Heinrich Kiefer vor dem Schnellrichter vorgeführt. Er hatte vor der Hauptpost, als sich nationalsozialistische Sprechchöre gebildet hatten, welche schrien: „Wer hat uns verraten und die Sozialdemokraten! Trotz Verbot nicht tot!“ mitschrien und sich dabei besonders hervorgetan. Der Anführer will er nicht gewesen sein. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts erkannte das Gericht auf eine Haftstrafe von drei Wochen. Der Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt.

Der 19jährige Student Karl Schäfer aus Bruchsal stand wegen Beamtenbeleidigung vor dem Schnellrichter. Es wird ihm vorgeworfen, er habe am 14. April, nachts 23 Uhr, Ede Bebel- und Ludwigsplatz Polizeibeamten, die mit der Säuberungsaktion beschäftigt waren, zugerufen: „Ihr Laubdiebe!“ Das Gericht konnte sich nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen und kam zu einem freisprechenden Urteil.

Die Polizei greift durch und das Gericht? Die Urteile geben die Antwort!

Bei **DIETRICH** erhalten Sie einen schönen **Sport-Anzug** schon von **25,-**

Gemischter Chor Bruderbund G.-V. Maschinenbauer Sängerkranz Volkschor Karlsruhe-West

Gemeinschaftl. Volkslieder-Konzert

zu Gunsten der Kindererholungsstiftung im großen Saale der „3 Linden“, Mühlburg.

HEUTE Samstag, abends 8 Uhr

Neuer Bierpreis. Wie aus der Anzeige ersichtlich, kommt im „Salmen“ am Ludwigsplatz seit einigen Tagen ff. Sinner-Tafelbier, das Dreieckstafelglas für 24 Pf. zum Ausichant. (Siehe Anzeige in der heutigen Nummer.)

(.) **Konzert.** Der Musikverein Karlsruhe-Grünwinkel veranstaltet morgen Sonntag abends von 6-7 Uhr auf dem Aliebersplatz in Mühlburg ein Plagkonzert. Die Leitung liegt in den Händen von Kapellmeister Albert Seiler.

(.) **Sonntagskonzerte im Stadtpark.** Am kommenden Sonntag finden bei gutem Wetter im Stadtpark zwei Konzerte statt und zwar von 11-12.15 Uhr ein Frühkonzert, zu dessen Besuch Musikausflug nicht erhoben wird, und von 15.30-18 Uhr ein Nachmittagskonzert. Beide Konzerte werden von Wilhelmsonnigen Orchester unter Leitung des Herrn Rudolf Kurt Guhr ausgeführt werden. Der Konzertbesuch kann bestens empfohlen werden.

(.) **Im Haus der Gesundheit Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Strasse 1** bricht am 20. April, abends 8 Uhr, Frau Luise Lampert über **„Freud und Leid im Kindesleben“**. Als Leiterin der Stuttgarter Mütterkurse und zahlreicher Einrichtungen der Kinderfürsorge, ist die Rednerin mit dem Erziehungswesen jeder Altersstufe sehr vertraut. Sie versteht es, alle Kinderfreunde mit großem Verständnis in die kindliche Seele einzuführen und Eltern und Erziehern wertvolle Anregungen zu geben. Der Vortrag wird allen Kreisen der Karlsruher Bevölkerung lebhaft empfohlen.

(.) **25jähriges Dienstjubiläum.** Herr Hausmeister Karl Bauer, Bismarckstraße 67, Landestunfschule, bezieht am 16. d. Mts. sein 25jähriges Dienstjubiläum dorkelbst. Während dieser ganzen 25 Jahre stand ihm seine Lebensgefährtin tatkräftig zur Seite, ja sie hat in den Krisenjahren das große Haus allein betreut. Herr Bauer und Frau haben in diesem Vierteljahrhundert nicht nur ihre Pflicht aufs Beste erfüllt, sondern erfreuen sich auch sonst allgemeiner Beliebtheit. Möge ihnen auch fernherhin Glück und Gesundheit beschieden sein.

(.) **Städt. Volksbücherei und Lesesalle.** Ausleihe und Lesesaal sind ab Montag wieder geöffnet. Siehe Anzeige.

(.) **Bürgersteuer der Lohnsteuerfreien Arbeitnehmer.** Wir machen unsere Leser auf die im Anseigentelle unserer heutigen Ausgabe veröffentlichte Bekanntmachung des Stadtdirektors besonders aufmerksam. Nach dieser wird in allen Fällen, in denen Arbeitnehmer im Jahre 1930 einkommen- oder lohnsteuerpflichtig waren, jetzt aber infolge des Abnehmens ihrer Einkünfte vom Lohnsteuerabzug befreit sind, die auf der Steuerkarte angeforderte Bürgersteuer auf die Hälfte ermäßigt. Diese Ermäßigung, die vor allem sehr vielen Kurzarbeitern zugute kommt, ist vom Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zu berücksichtigen; eine schriftliche Ermächtigung der Stadthauptkasse hierzu ist im Einzelfalle nicht erforderlich. Besonderer Beachtung bedürfen noch die Bestimmungen bezüglich der Pflicht zur unmittelbaren Abführung der Bürgersteuer seitens des Arbeitnehmers an die Stadthauptkasse (Absatz 2 der Bekanntmachung).

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauengruppe
Die Genossinnen, welche am kommenden Montag, 18. April, vor- mittags 8.30 Uhr, an der Besichtigung der KdL, Schäfers- hofes sich beteiligen wollen, haben dies bis spätestens morgen Samstag mittags 12 Uhr dem Genossen W. Koch zu melden. Die Meldung kann mündlich, telefonisch und schriftlich erfolgen. An- schreibedirekte: W. Koch, Solitenstraße 30. Rufnummer 7885/86. Schluss der Meldung Samstag mittags 12 Uhr.

Bezirk Oststadt
Seit Samstag abends 7 Uhr findet im „Bernhardshof“ eine Bezirksvorstandssitzung statt, zu der die Vorstands- mitglieder sowie die Bezirksleiter um vollzähliges und pünktliches Erscheinen gebeten werden.

Frauengruppe der Südstadt
Dienstag, 19. April, abends 8 Uhr, im Volkshaus Vortrag des Genossen Stadtrat Zippert über „Ein Gang durch die Stadter- haltung“. Vollzähliges Erscheinen darf erwartet werden.

Lichtspielhäuser
Klebens-Lichtspiele, Waldstraße 30
Seit Samstag finden die letzten Vorstellungen des bereits aber zwei Wochen mit großem Erfolge besetzten Uraufführungs „Zwei Herzen und ein Schlag“ mit Allan Harvey, Wolf Wlad-Roth, Otto Waldberg usw. statt. Die Vorstellungen beginnen: 3.30, 5.00, 6.30 und 8.30 Uhr. Morgen Montag zeigt das „Reiz“ ein neues Programm.

Casanova wider Willen.
Scheinbar eine höchst delikate Angelegenheit. In Wirklichkeit nur etwas heftigeres Komisches und Lustiges. In diesem Film, der jetzt in den Lichtspielhäusern in der besten Weise läuft, sind die geheimen Wünsche des unerfahrenen Ritzpublikums erlaubt und auf bezaubernd heitere Art erfüllt. Wer hergahrt lachen will, wer angenehm und leicht unterhalten sein will, wer eine gute Darbietung und vollendete Regie schätzt, der gehe diesmal zu Walter Reaton. Gewiss, er spricht deutsch, als Ausländer, mit bewunderndem Akzent und gewinnenden Vorrednungen. Hier spielen sie sich einmal nicht, wie es sich sonst im Film gehört, sondern er verhilft sie alle. Unvorsichtiger die Handlung. Mitunter ist die gedankliche Abfolge. Aber es sind recht launige Einfälle und grotesk-lächerliche Situa- tionen zu vergleichen. Richtig Walter Reaton's edle, tollpatschige, unge- wöhnliche Bewegungen. Alles in ins Lustige, Aufheiternde, Unbeschwerte ausgeht. Gezeigt wird ganz gut. Walter Reaton ist der Glanz des Stückes und die anderen Darsteller unbedeutendes Nebenwerk. Uebrigens recht gut das Belprogramm. Wunderbar die Kundengesichte. Schit.

Die Polizei berichtet:

Betrunkenen Kraftwagenführer
Ein Kohlenhändler von hier fuhr in vergangener Nacht in stark angetrunkenem Zustand mit einem Personenkraftwagen durch die Kaiserstraße. Die Polizei hielt ihn an, stellte das Fahrzeug sicher und nahm den Kraftfahrer in polizeiliches Gewahrsam. Wegen Entziehung des Führerscheines sind die erforderlichen Schritte ein- geleitet.

Verkehrsunfall
In Mühlburg wurde gestern ein 7 Jahre altes Schulmädchen von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Das Kind erlitt leichtere Kopfverletzungen; der Motorradfahrer fuhr davon, ohne sich um das Kind zu kümmern.

Körperverletzung
Eine 29 Jahre alte Bewohnerin der Altstadt geriet gestern abend mit einem Möbelwagen vor einer Wirtschaft in der Waldhornstraße in Streit, in dessen Verlauf sie durch Faustschläge derart verletzt wurde, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der diensthabende Arzt stellte eine Gehirnverletzung und einen Nasenbruchs fest. Der Täter ist festgenommen.

Achtung! Betrügerischer Hausierer
Ein Eierhändler, der für seine Ware offenbar nicht genügend Absatz fand, kam auf folgenden Einfall: Er erließ bei einer Haus- mitie mit einem Korb voll Eier und erklärte, daß eine momentan abwesende Bewohnerin deselben Hauses die Eier bestellt habe, man möge sie ihm abnehmen und den Betrag dafür auslegen. Bei der Rückkehr der angebliehen Bestellerin stellte es sich heraus, daß alles Schwindel war. Dieser Trick wurde gestern in verschiedenen Häusern versucht und ist auch wiederholt gelungen.

Aufmarsch der 20 000 Jugendlichen in Frankfurt a. M.

Dieser Film, der Zeugnis ablegt von der Kraft der Sozialistischen Jugendbewegung, läuft morgen um 10.30 Uhr in der Schauburg, Marienstrasse.

Bersäumt nicht, diesen Film zu besuchen!

Küppur

Schauturnen der Freien Turnerschaft
Im Eichenhofaal veranstaltet die Freie Turnerschaft morgen abend 6.30 Uhr ein großartig angelegtes Schauturnen. Übungen aus den verschiedensten Gebieten des Turnens, der Gymnastik, Freilübungen, heitere Vorführungen, Tänze usw. sind zu sehen. Außerdem wird der Film „Die Frau im Arbeiterport“ vorgeführt. Die Freie Turnerschaft, die in sehr guter Form ist, erwartet, daß sie ein zahl- reiches Publikum als Zeuge ihrer Arbeit begrüßen kann, zumal der Eintrittspreis nur 20 Pf. beträgt. Alle morgen Sonntag Parole: Zum Schauturnen der Freien Turner!

Warum kein Telephonhäuschen im Stadtteil Küppur
An allen Ecken und Enden der Stadt sind erfreulicherweise Telephonzellen errichtet, die das Telephonieren erleichtern. Sonder- barerweise ist in der Gartenstadt wie auch in Küppur selbst ein solches Häuschen nicht vorhanden. Sogar im Dammertod ist ein solches Häuschen angebracht. Vielleicht genügen diese Zellen, daß auch in der Gartenstadt diesem Bedürfnis Rechnung getragen wird.

Veranstaltungen

Schubert-Abend. Heute, Samstag, 16. April, spielt abends 8 Uhr im Bürgeraal des Rathauses das Rabänder-Quartett die beiden Klavier- Trios von Franz Schubert. Es sind noch Karten bis abends 7 Uhr bei Kurt Reuschel, Waldstraße 61 und in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz, sowie ab 1/2 8 Uhr beim Saaleingang im Rathaus zu haben.

Auskünfte der Redaktion

Handballe. Wir bitten dringend, die Voranfragen nicht erst am Samstag früh sondern schon Freitag zu senden, wenn Streichungen oder die Nichtaufnahme bekräftigt werden sollen.
D. K., Durlach. Wir können nicht noch Hinweise zu den Spielen von jedem Verein bringen, da doch in der Rundschau sowohl von den Fußball- wie den Handballspielern die Vereine aufgeführt sind. Es geht auch nicht an, dem Volksfreund die Aufnahme von Hin- weisen auszusenden, während in derselben Sache ein Inserat der bürgerlichen Presse aufgegeben wird, aber dem Volksfreund nicht.
Genrat. Ober-Reg.-Rat Dr. D. e. G. t. Statistisches Landesamt Karlsruhe.

H. G. r. 1. Sie können für die elektrische Leitung nichts mehr ver- langen, da nach 5 Jahren die Sache als getilgt angenommen wird.
2. Wenn die Fensterhebeln ohne Gewaltanwendung gesprungen sind, so brauchen sie dieselben nicht zu ersetzen. Ist aber Gewaltan- wendung oder Fabrikfehler erfolgt, so sind Sie verpflichtet, die Kosten für die Fensterhebeln zu bezahlen.
Durlach, Auerstr. Reichspräsident von Hindenburg besitzt neben seinem Gehalt als Reichspräsident keine Pension als Generalfeld- marschall.

H. M. r. 1. Wir haben die Sache dem Arbeitersekretariat gemeldet. Also bitte, noch etwas Geduld. Wegen der anderen Sache müssen wir uns noch zuerst informieren.

Karlsruher Umgebung

Hagsfeld
Gemeinderatsbericht vom 14. April
Ein Baugesuch im Bogengang wird der Baukommission zur Er- ledigung überwiesen. — Zur Wahrnehmung einer Gemeindever- ordnung wird dem Bürgermeister Vollmacht erteilt. — Einem Armen- gesuch wird entsprochen. — Dem Gesuch des Wilhelm Lehmann zwecks Ueberlassung eines Zuersthandplatzes stimmt der Gemeindev- rat zum Preise von 30 M. zu. — Den Folgerungen entsprechend ver- fiesel ein Antrag zwecks Erlassung der fälligen Steuern der Ableh- nung. — In der kommenden Woche erfolgt Regelung und Zuwei- sung desjenigen Geländes, welches von der Domäne zugewiesen wird. Bis dato sind für 120 Mr. Bewerber gemeldet. Die ersten zwei Jahre wird kein Pachtsins erhoben, für die folgenden Jahre pro Mr. und Jahr 6.20 M. Verschiedene Beanstandungen finden Regelung, wieder andere bleiben unerledigt. — Zur Ver- mittlungsbefugung lagen zahlreiche Anträge vor, die zwar beanstan- det, aber nicht geändert wurden. — Die Zahl der Wohnfabrikunter- stützungsempfänger hat sich vermehrt auf 84. Ein Gesuch gab Anlaß zur Aufwertung der grundsätzlichen Frage. Beschluß wurde keiner gefaßt, demnach ist dies als ein Vorstoß zu bewerten, der mis- bräuchliche Ausnutzung der Fürsorgeunterstützung verhindern will. In diesem Zusammenhang zur Kenntnis, daß morgen erstmalig außer Barunterstützung, Lebensmittelcheine verabfolgt werden.

Kleine bad. Chronik
* **Badenburg, 15. April.** Skelettfund. Auf dem Aker der Gär- tnerlei Reinwald am Friedhofsweg, wurde dieser Tage ein Stein- plattengrab gefunden, das ca. 80 Zentimeter mit Erde überdeckt war. Der Inhalt, das Skelet eines jungen Mannes, hatte als Beigabe ein Eisenmesser auf der linken Hüfte und war gut er- halten. Es ist anzunehmen, daß das Grab aus der fränkischen Zeit um 600-800 stammt.
* **Mühlhausen (bei Wiesloch), 15. April.** Interessanter Skelet- fund. Am Samstag stieß ein hiesiger Einwohner beim Bearbeiten seines Grundstückes im Gemann Heubach auf ein Skelet der späten La Tène (zweite vorgeschichtliche Eisenseit). Es handelt sich um eine weibliche Leiche aus vornehmerm keltischem Haus, was aus dem reichlichen und schönen Schmuck und Halsgeschmuck zu schließen ist. Professor Wahlen-Heidelberg besichtigte die Begräbnisstätte und nahm den wertvollen Fund an sich, um ihn im Kurpfälzischen Mu- seum in Heidelberg auszustellen.
* **Riegel, 15. April.** In der Kiesgrube verunglückt. Der Land- wirt Alfred Müller von Teinmaen geriet unter einen umstürzenden Kollwanen, als er in der Riegeler Kiesgrube beschäftigt war. Er mußte mit einem komplizierten Oberhantelbruch in das Emmen- dinger Krankenhaus verbracht werden.
* **Rosfingen, 15. April.** Der übliche Motorradsturz. Bei Schmid- hofen wurde ein junger Mann namens Kraus mit schweren Kopf- verletzungen im Straßengraben liegend aufgefunden. Er war mit dem Motorrad gestürzt und wurde in die Klinik verbracht.
* **Unterstaingen, Amt Hebringeren, 15. April.** Heute nachmittags brannte die Scheuer des Kinderheimes Winkelhof bei Unter- staingen nieder. Der durch feuerfichere Decke geschützte Stall konnte gerettet werden. Der Schaden dürfte etwa 8000 Mark betragen. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden. Der Be- sitzer Erdlich ist versichert.

Jugend

Kinderfreunde
Alle Falken, die sich zur Abholung der auswärtigen Gäste gemel- det haben, treffen sich um 2.30 Uhr im Zentralverband der Ange- stellten, Gartenstraße 25.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Mühlburg. Der Nebenabend am Montag fällt umständehalber aus.

Dereinsanzeiger

- Karlsruhe.**
F.R. Fußballer. Es spielen bestimmt beide Mannschaften mor- gen in Durmersheim. Abfahrt 1/2 12 Uhr. „Gambirinus“. 2332
Freie Turnersch. Karlsruhe. Montag abend 8 Uhr im „Gam- brinus“ Jugendversammlung. Pünktlich sein! 2318
Freie Schützen Karlsruhe. Heute Samstag abend 8 Uhr Quar- talsversammlung im „Salmen“. Morgen Sonntag nachmittags 1/2 12 Uhr Abmarsch am „Anker“ Mühlburg zum Schießen nach Knie- lingen. 2327 Der Vorstand.
Naturfreunde, Ortsgruppe Karlsruhe. Sonntag Wanderung durch den Park nach Linienheim (Besitzkonferenz), Abmarsch 9 Uhr am Landestheater. Bei schlechtem Wetter mit der Bahn 12.43 ab Hauptbahnhof. 2329
Religiöse Sozialisten. Sonntag, 17. April, vormittags 11 Uhr predigt Gen. Pfarrer Löw in der Stadtkirche. 10.15 Uhr Christen- lehrer. 2645

Ungewisse für Deine Frau, wenn Du nicht mehr da bist —
Zukunft für Deinen Sohn, wenn Du ihm nicht mehr helfen kannst —
für Deine Tochter, wenn Du nicht mehr für sie sorgen kannst —
also Lebens-Versicherung!

Angestellte! Arbeiter! Beamte!

Selbstschutz

für den Fall des Krankenhaus-aufenthaltes Eurer Familie.

Die 4. Reichsnotverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom Dezember 1931 hat einschneidende Veränderungen gebracht. Die Vergütung der Krankenhauspflegekosten für Familienangehörige ist in Wegfall gekommen, zum mindesten nur im äußersten geringen Umfang gewährt. Gelegenheit, diesen Mangel zu beheben, bietet die

„Salus“

Gemeinnützige Krankhauspflegekosten-Versicherung zu ganz geringen Prämien. Meldet Euch an bei

Otto Spies Bezirksdirektor Karlsruhe

Ettlinger Straße 29, Telefon 6515

Vertreter und Vertrauensleute werden gerne durch Fachmann eingearbeitet. Näheres siehe geschäftliche Mitteilungen in dieser Nummer

Schauburg
Mariensr. 16, T. 1 6284

Täglich um
4, 6.15 und 8.45 Uhr
das herrliche deutsche
Ton-Lustspiel

Wer nimmt die Liebe ernst?

mit
**Max Hansen
Jenny Jugo
Willi Schur
Otto Wallburg**
usw.

Ein köstliches Spiel von unwiderlicher Lustigkeit und Leichtigkeit.
Eine Delikatesse für Feinschmecker!

Möbel

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
und Küchen

kaufen Sie
enorm billig
bei

Karl Thome & Cie.
MÖBELHAUS
Karlsruhe
Herrenstraße 23

gegenüb. d. Reichsbk
riesig große Auswahl
3000 qm Lager- und
Arbeitsräume

Wir bestien
in Empfehlungen
aus allen Kreisen

Prüfen Sie

die Qualitäten und die gewaltige Auswahl



Herren-Übergangs-Mantel
in Cheviot und Gabardine, 1 u. 2-reihig
75.- 65.- 48.- 28.50

Gabardine-Mantel
imprägniert, rein. Wolle, in all. Farben
65.- 55.- 45.- 35.00

Münchener-Loden-Mantel
reine Wolle, imprägniert
45.- 38.50 29.50 24.50

Trenchcoat-Mantel
mit Oeltucheinlage, in blau u. beige
34.50 29.- 24.50 16.50

Gummi-Mantel
beste F. brikate, flotte Farb u. Form.
32.50 24.50 19.50 14.50

Gabardine-Mantel wie Abbildung **35.00**

Herren-Windjacken
imprägniert
15.75 13.50 9.50 6.75

Zum Salmen

Am Ludwigsplatz
Eigene Schlachtung

ff. Sinner Tafelbier

3/10 Glas 24 Pfg.
Samstag ab 6 Uhr:
Schweinsknöchle

25 Markt

Anfertigungsbreis für einen Anzug unter Garantie für tabell. Stg.
Schneiderm. Schmitt, Gagfeld, Schulstr. 49.

A. Werthhammer

MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7365

Ausführung aller Maler-Arbeiten
solid und preiswert.

Badisches Landes-theater

Samstag, 16. April
8 C 23

Th.-Gem. 901-1000

Hoffmanns Erzählungen

Von Offenbach
Dirigent: Reilberth
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende: Blant, Habertorn, Winter, J. Wörginger, Holbach, Kalmbach, Kiefer, Adler, Rentwig, Derner

Anfang 20 Uhr
Ende nach 22.30 Uhr
Preise D (0.90—5.70 A)

„Rima“ repariert im Nu

Den defekten Schuh

Rima
Schuhinstandsetzungs-fabrik
Telefon 420
Karlsru. 15, b. Moninger

Morgenfeier Wilhelm Busch

Intendant
Dr. C. Hagemann
Reilberth, Habertorn, Emarth, B. Müller, v. d. Trend

1. Cüberintre
2. Singsprüche: Intendant Dr. Carl Hagemann
3. Rezitationen aus Buschwerfen mit Lichtbildern
4. „Wag und Morig“, L. Eretsch

Anfang 11.15 Uhr
Ende 12.30 Uhr
Preise (0.50—1.00 A)

Kauft in den

Edeka-Geschäften

5% Rabatt

Kernleder i. Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel kauft man am vorteilhaftesten bei der

Lederhandlung

Hebelstraße 16
Sämtliche Einlege-Sohlen aus eigener Fabrikation

Uhren-Reparaturen

fachmännisch - billig

J. Gelmann
Uhren, Schmuck, Optik
Zähringerstraße 26

Zu Volkspreisen decken Sie Ihren Bedarf an

Schuhen und Reparaturen

A. Mayer

Waldhornstr. 26

Matratzendrelle 1-

prima Fabrikate
per Mtr. Mk. 3.- 2 50 2.- 1.50

Große Auswahl
Bettlamaste, Bettbarchente, Bettfedern

Arthur Baer Kaiserstr. 193
i. Hause d. Schokoladengesch. „Reichardt“
Verkaufsräume nur 1 Treppe hoch
Ratenkaufabkommen

Die Städtische

Volksbücherei und Lesehalle

Alter Bahnhof Westflügel

ist ab Montag, den 18. April, zu den üblichen Zeiten

wieder geöffnet.

ST. MARTIN BIER



Ein gutes Bier schafft Appetit. drum trink zur Mahlzeit Huttenkreuz!

JETZT

haben wir höchste Aktivität, besonders im politischen Leben. Aber auch jeder Geschäftsmann sollte höchste Aktivität besitzen. Denn die Gegenwart erfordert stärkstes Angebot wirklich vorteilhafter Kaufgelegenheiten. Auch durch die Anzeige im

VOLKSFREUND

soll der Geschäftsmann höchste Aktivität bekunden. Inseriert periodisch.

Verein zur Belohnung treuer Hausangestellter.

Am 18. Mai ds. Js. werden wie alljährlich im Bürgersaal des Rathauses an Hausangestellte welche bis 1. Juli 1932 drei, sechs und mehr Jahre ununterbrochen bei einer Herrschaft im Dienste sind

Belohnungen bzw. Preise

in feierlicher Weise verliehen gleichzeitig überreicht der Landesverein für 25 und 40-jährige Dienste das silberne bzw. vergoldete Verdienstkreuz

Die Mitglieder des obigen Vereins und diejenigen hiesigen Einwohner, welche dem Verein beitreten wollen, werden gebeten, die erforderlichen Anmeldebogen bis spätestens 30. April ds. Js. bei uns in Empfang zu nehmen, woselbst auch die näheren Bedingungen bekannt gegeben werden.

Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz
Zweigverein Karlsruhe
Botanikerstr. 74, Tel. 7957

Festhalle
Donnerstag, 21. April, 26 Uhr

nach der Rückkehr von der 2. Amerika Tournee singen die weltberühmten

Don Kosaken

unter Leitung von
Serge Jaroff.

Karten zu 1.65, 2.20, 2.75, 3.30 und 4.40 ab Montag den 11. April bei **Dietrich** am Marktplatz (denke nachhülle) und bei **Karl Heusinger** Waldstr. 61

Unvergleichlich ist der Erfolg

der mit spontanem Beifall aufgenommenen



ES WAR EINMAL EIN Walzer

Zur Zeit Uraufführung im

Union-Theater.

3.00, 5.00, 7.00 und 8.15 Uhr.

Herren-Hüte 1.30

Reinigen und Bügeln
Umformen von **Damenhüten**

Fr. Hanselmann, Kriegstr. 3a
Ecke Ruppurrer Straße

Mietervereinigung K'ruhe (e.V.)
Geschäftslo. (nur f. Briefk. Karte) Baumelbergstr. 23, 68, 17.

mit D-Head fahren Sie billiger!

Unterrichten Sie sich über die günstigen Preise unserer einzelnen Modelle



DEUTSCHE INDUSTRIE-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Vertretungen für Karlsruhe und Umgebung:
Fa. Autotriebs-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Ruppurrer Straße 6
Fa. Auto-Füller, Wastall
Fa. Gehr. Zocheritz, Eningen
Außerdem Vertretungen und Ersatzteillager an allen größeren Plätzen

Rigoletto

Th.-Gem. 1001-1100
8 C 23

Von Verdi
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Pruscha

Mitwirkende:
Ejlsgrath, Habertorn, Kießbach, Winter, J. Wörginger, Kalmbach, Rentwig, Holbach, Derner, Schepplin, Schuller, Kilian

Anfang 20 Uhr
Ende 22.15 Uhr
Preise E (1.00—6.30 A)

Pianos Harmonium Miete

bei späterem Kauf
inrechnung laut
Vertrag

Pianolager
H. Maurer
Kaiserstraße Nr. 179
Straßer bahnhofstg.